

Găidăo

改道

einen anderen weg gehen



**No 6
2011**

Editorial

Hallo Menschen,

als wir im November 2010 die Idee hatten, mit der [改道] Gǎi Dào „einen anderen Weg zu gehen“, hätte wohl niemand gedacht, dass wir das ehrgeizige Projekt tatsächlich stemmen können. Mit viel Vertrauen in die konstruktive Seite der Anarchie und der festen Überzeugung, dass sich schon noch Menschen finden würden, die an der [改道] Gǎi Dào mitarbeiten würden, machten wir uns an den Start. Da es nach sechs Nummern aber immer noch zu früh für einen Rückblick ist, sparen wir uns das für eine spätere Ausgabe auf (vielleicht für die Geburtstagsausgabe, Nr. 13, Januar 2012?!).

Wie bereits zuvor können wir auch in diesem Editorial wieder feststellen, dass wir in bewegten Zeiten leben. In Ägypten beginnt gerade die „zweite Revolution“ und im Süden Europas greift eine neue Form der sozialen Bewegung langsam aber sicher um sich.

In dieser Ausgabe findet ihr deshalb auch ganz aktuell eine libertäre Einschätzung zum Aufstand in Spanien von der Grupo Libertario de Acción Directa (GLAD) aus Madrid. Und einen Beitrag zum Klassenkampf in Maghreb und Mashrek. Die Pressemitteilung von Alternative Libertaire, worin sie die Freilassung aller festgenommenen Tunesier_innen fordern, zeigt uns, dass die Kämpfe Nordafrikas nicht von Europa isoliert sind.

Besonders erwähnen möchten wir an dieser Stelle den ersten Anarchistischen Kongress in Mexiko, in dessen Folge eine beachtenswerte und von massiver Polizeipräsenz geprägte Kundgebung am 1. Mai auf dem „Zócalo“ stattfand.

Natürlich setzten wir auch in dieser Ausgabe unsere Serie über den Faschismus fort. In Teil vier geht es um die faschistischen Bewegungen u. a. in Großbritannien, Frankreich und Ungarn. Dass der Faschismus keineswegs eine reine Erscheinung der Geschichte ist, mussten Anarchist_innen unter anderem in Istanbul feststellen. Dort, wie anderswo, arbeiten Faschist_innen und Polizei ganz offen und offensichtlich zusammen.

Natürlich fehlt auch nicht der in der letzten Ausgabe der [改道] Gǎi Dào angekündigte Rückblick auf den ersten Mai 2011, auch wenn er anders ausfällt als wir selbst erwartet haben.

Zu guter letzt noch zwei Hinweise:

Zum einen auf das Interview das wir mit der ASJ-Berlin geführt haben. In diesem Zusammenhang möchten wir erwähnen, dass es nun neben der ASJ-NRW einen weiteren regionalen Zusammenschluss von ASJ-Gruppen gibt: die Regionalföderation Ost.

Zum anderen auf den Erfahrungsbericht über die Anarchistische Buchmesse in Slowenien. Anarchistische Buchmessen sind nämlich beileibe keine Erfindung der anarchistischen Bewegung im deutschsprachigen Raum; auch wenn es mit den Buchmessen in Biel/Bienne und Mannheim sowie der libertären Medienmesse (zuletzt 2010 in Oberhausen) im deutschsprachigen Raum wirklich bemerkenswerte Messen dieser Art gibt. Diese sind aber vor allem inspiriert von den anarchistischen Buchmessen Osteuropas, Großbritanniens und Nordamerikas.

In diesem Sinne wünschen wir uns und euch viel Spaß mit der Nummer sechs der [改道] Gǎi Dào.

Eure Redaktion

Libertäre Einschätzung zum Aufstand in Spanien

Die meisten internationalen Medien sehen Parallelen zwischen den jüngsten, massiven Demonstrationen [in Spanien, Anm. d. Übers.] und den Protestbewegungen in den arabischen Staaten und haben breit darüber berichtet. Keinem dieser Medien ist es allerdings gelungen, einen Grund dafür zu finden, warum dies gerade jetzt passiert – und ehrlich gesagt – geht es auch allen anderen so.

Tatsache ist, dass es sehr viele Gründe zum Protest gibt. Die Arbeitslosigkeit in Spanien ist auf mehr als 21 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung angestiegen, bei den unter 35-Jährigen sind es sogar bis zu 45 Prozent. Angesichts dessen, dass die höhere Bildung in Spanien vergleichsweise bezahlbar ist, verfügen viele dieser jungen Leute über einen Studienabschluss, sind aber dennoch gezwungen, sich in schlecht bezahlten Jobs und Hilfsarbeiten zu verdingen – wenn sie denn überhaupt das Glück haben, eine Arbeit abzubekommen.

Wie in den meisten westlichen Staaten stellte die spanische Regierung Banken und Großunternehmen Unsummen zur Verfügung, während sie gleichzeitig die Möglichkeit erleichterte, Arbeitnehmer_innen zu feuern (gemäß der verqueren Logik, dass dies Firmen dazu ermuntern würde, neue Leute einzustellen), das Rentenalter auf 67 erhöhte, die Sozialleistungen kürzte usw. Es scheint, dass sich in der Bevölkerung unter der Oberfläche eine unglaubliche Wut angestaut hatte, die sich jetzt plötzlich entladen hat. Die Leute, die zu den Kundgebungen kommen, haben keine eindeutige politische Zielsetzung. Im Grunde handelt es sich um Menschen, die es einfach satt haben und jetzt einen Wechsel möchten. Sie stehen allen Parteien skeptisch gegenüber, misstrauen den Bossen und Politiker_innen und scheinen in die aktuellen demokratischen Prozesse keinerlei Vertrauen zu haben. Überflüssig zu sagen, dass dies alles ausgesprochen libertäre Ideen sind.

Es ist unklar, wie alles angefangen hat, wer zuerst zu den Kundgebungen aufgerufen hat oder diese, hauptsächlich über das Internet und soziale Netzwerke, organisiert hat. Alles begann mit einem normalen Protestzug zu irgendeinem Thema, der nach einem Polizeiübergriff völlig aus dem Ruder lief. Und was schließlich dazu führte, dass sich viel mehr Leute zur darauf folgenden Kundgebung einfanden.



Seit letztem Montag ist die Zahl der Leute stetig angestiegen, die sich auf dem Platz der Puerta del Sol aufhalten, dem wichtigsten Treffpunkt in Madrid. Das vor zwei Tagen erlassene Verbot aller Kundgebungen [am Wochenende der Wahlen, Anm. d. Übers.] hat nur dazu geführt, dass sich noch mehr Leute den Camps anschlossen. Mittlerweile ist der Platz völlig überfüllt, so dass sich auch auf anderen Plätzen Leute niederlassen. Es sind so viele Menschen, dass die Polizei anerkannt hat, dass sie die Situation nicht länger unter Kontrolle hat. Der Point-of-no-Return ist bereits überschritten, an dem die Polizei noch ohne den Gebrauch von Schusswaffen hätte eingreifen können. Sie hat sich deshalb zurückgezogen. Und an ihre Stelle ist eine spontane, selbst organisierte Ordnung getreten: Menschen organisieren selbst die Verpflegung der Massen, der Schlafplätze, der medizinischen Versorgung, ein Kinderhort ist entstanden und was nicht noch alles – ohne einen einzigen nennenswerten Zwischenfall. Die Atmosphäre ist ausgelassen, freudig und sehr optimistisch, während immer mehr Leute dazu stoßen.

Anarchist_innen waren von Anfang an präsent und haben ihre Vorschläge eingebracht, während sie gleichzeitig versuchten, die üblichen trotzkistischen und sozialistischen Gruppen daran zu hindern, die Bewegung zu übernehmen. Viele Gruppen und Freiräume waren von Tag eins an involviert und sind weiterhin bei den Kundgebungen präsent – sie verteilen Flugblätter, führen Aktionen durch, mischen bei Workshops und der Organisation mit und erklären allen, die

zuhören möchten (und das sind zum Teil Tausende von Leuten), unsere Ideen und konkreten Gedanken. Und wir werden dies weiterhin tun.

Es ist noch völlig unklar, wie alles weitergeht. Die Lokalwahlen finden am Sonntag [22. Mai, Anm. d. Übers.] statt, und es ist sehr wahrscheinlich, dass die Kundgebungen dann verebben. Wir hoffen jedoch, dass der Geist des Aufstands über dieses Wochenende hinübergerettet werden kann. Wir werden unser Bestes tun, damit dies so bleibt und der Kampf weitergeführt wird, auf dem Weg zu eine freien und gerechten Gesellschaft. ■

|| Grupo Libertario de Acción Directa (GLAD),
Madrid, Mai 2011 || Übersetzung: jt



AnarchistInnen in Ankara von Faschisten angegriffen

Am 22. Mai haben Faschos in Ankara (Türkei) anarchistische Genossinnen und Genossen mit Hackmessern und Feuerwaffen angegriffen. AugenzeugInnen berichteten von acht bis neun Personen auf Seiten der Angreifer. Demnach lagen die Faschisten in einer Seitengasse auf der Lauer und griffen die AnarchistInnen rücklings an. Ein Anarchist wurde dabei durch Messerstiche schwer verletzt und befindet sich in Lebensgefahr (bei Redaktionsschluss war nicht klar ob es ihm schon besser geht). Er wurde notfallmäßig operiert und liegt zurzeit auf der Intensivstation eines Krankenhauses. Die Augenzeugen konnten dabei sehen, dass sich in derselben Gasse, in der die Faschisten auf die Gelegenheit zum Angriff warteten, auch ein Polizeiwagen stand – einen Umstand, den wir auch von anderen Staaten kennen. Nach dem Angriff sprangen die Faschisten in den Streifenwagen und verschwanden gemeinsam mit der Polizei vom Tatort.

Der Angriff zeugt ein weiteres Mal von den kriegsähnlichen Zuständen, mit denen sich AnarchistInnen zurzeit in verschiedenen Regionen der Türkei konfrontiert sehen. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Lage weiterhin verschärfen wird; erst recht, da die Faschisten zusätzlich von der Regierung gestärkt und gedeckt werden, um revolutionäre Kräfte zu schwächen. Dieses Mal jedoch scheinen die Angriffe der faschistischen Miliz organisierter und planmäßiger als in früheren Jahren. Heute scheuen sie sich nicht einmal davor, die Waffen in ihren Händen offen zu zeigen und die Zusammen-

arbeit zwischen Faschisten und Polizei wird nicht einmal mehr zu verstecken versucht.

AnarchistInnen haben nie aufgehört, gegen faschistische und ähnliche hierarchische Strukturen anzukämpfen und werden dies auch jetzt nicht tun, zu einer Zeit, in welcher ein kollektiver, herrschaftsfreier Widerstand nötiger denn je ist. ■

|| Karakök Autonome



Pressemitteilung

Dresden-Löbtau: Hausdurchsuchung in libertärem Hausprojekt

In den frühen Morgenstunden des 3. Mai 2011 kam es erneut zu Razzien in linken Strukturen Dresdens. Diesmal durchsuchte ein Großaufgebot von 150 Beamt*innen der Bereitschaftspolizei, des LKA und des SEK das libertäre Hausprojekt „Praxis“ (fördert im Libertären Netzwerk Dresden). Grund für die Razzia waren Ermittlungen wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Das Libertäre Netzwerk Dresden wertet die heutige Maßnahme, zusammen mit einem überzogenen Einsatz am 1. Mai und vorherige Hausdurchsuchungen als Teil einer breiten Einschüchterungs- und Verleumdungskampagne.

Gegen 4:30 Uhr wurden Bewohner*innen der Columbusstraße 9 auf mehrere Männer aufmerksam, die sich illegal Zutritt zum Hausflur ihres Gebäudes verschafft hatten und in diesem mit Taschenlampen agierten. Wenige Minuten später umstellten ca. 100 Beamt*innen der Bereitschaftspolizei das Gebäude. Vermummte Polizist*innen stürmten mit Maschinengewehren zur Haustür, die glücklicherweise vor der Zerstörung geöffnet werden konnte. Im Erdgeschoss wurden daraufhin mehrere Personen aus den Betten geholt und zum Teil mit Kabelbindern gefesselt. Vier Personen wurden mit vorgehaltener Maschinenpistole in einen Raum geführt. Dem Halter eines Hundes wurde nach eigener Aussage mehrfach mit der Erschießung des Tieres gedroht.

Von Seiten des LKA wurde den Anwesenden die Begleitung der polizeilichen Maßnahmen als Zeug*innen, ein verbrieftes Recht zum Schutz vor polizeilicher Willkür, untersagt. In den oberen Etagen des Hauses wurde mehrfach versucht, verschiedene Wohnungstüren einzurammen. Bewohner*innen wurden teilweise in ihren Wohnungen belästigt, obwohl für diese Räumlichkeiten kein Durchsuchungsbeschluss vorlag. Als Grund für die Durchsuchung wurde wie am 19.02. (in einem Anwaltsbüro, dem Haus der Begegnung und verschiedenen Vereinsräumen) und am 12.04. (in verschiedenen Privat- und Geschäftsräumen) Ermittlungen zur Bildung einer kriminellen Vereinigung angegeben. Zynisch ist dabei, dass die Polizei nun stolz „Steine, die als Wurfgeschosse dienen könnten“ als Ermittlungserfolg präsentieren – dieselben Steine, die erst durch die Untätigkeit der Polizei am 19. Februar von 250 Neo-Nazis auf das Gelände geworfen werden konnten.

Auch am 1. Mai kam es in den Abendstunden zu Übergriffen von Seiten der Polizei; ein in den Morgenstunden



geöffneter Teil der nichtöffentlichen Alaunparkfläche (der größte und meist völlig überfüllte Park des alternativ geprägten Stadtteils Neustadt) wurde von einer Hundertschaft der Leipziger Bereitschaftspolizei geräumt. Die feiernden Menschen an verschiedenen Lagerfeuern wurden nach ihrer Aussage dabei mit einem martialischen Auftreten der Einsatzkräfte eingeschüchtert und anschließend mehrere Stunden im Parkareal festgehalten.

Die Ziele der staatlichen Maßnahmen sprechen eine klare Sprache, worum es dem LKA und der Staatsanwaltschaft geht; durchsucht wurden Jugendvereine, ein Nachbarschaftsladen, das Projekt „Praxis“, das sich für selbstorganisierte Stadtteilpolitik einsetzt. Mit einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei wurde eine Fläche gestürmt, die zur Selbstgestaltung und Interaktion einladen sollte. Es handelt sich bei dem aktuellen Vorgehen nicht um einen Kampf gegen Gewalt, sondern um einen großflächigen Angriff auf alternative und selbstbestimmte Lebenskultur, politische Eigeninitiative und hierarchiekritische Konzepte.

Als Menschen aus dem Libertären Netzwerk möchten wir dazu aufrufen, sich entschlossen gegen Verleumdungen zur Wehr zu setzen, sich nicht einschüchtern zu lassen und ihnen praktische Solidarität zuteil werden zu lassen.

|| Mehr Infos unter:
hundertneunundzwanzigev.blogspot.de/libertaeres-netzwerk.info/

Interview mit ABC Belarus

Zur Zeit finden internationale Aktionstage mit den gefangenen Anarchist*innen und sozialen Aktivist*innen in Belarus statt: der Aufruf auf deutsch und englisch. Im März war eine Gruppe zu Besuch in Hamburg im März 2011, bei dem folgendes Interview entstand, übernommen von a3yo – Material + Neuigkeiten zu Anarchismus in Osteuropa.

I: Ok, beginnen wir unser Interview mit den Aktivist*innen von Anarchist Black Cross aus Belarus. Wann und warum wurde ABC Belarus denn gegründet?

A: ABC Belarus wurde im Sommer 2009 gegründet, damit wir mit der zu erwartenden Repression besser umgehen können, die in einem oder einem halben Jahr die gesamte anarchistische Bewegung etwas angehen wird und wir haben überlegt, dass es wichtig ist, Geld aufzustellen.

I: Wie sehen denn eure wichtigsten Aktivitäten aus?

B: Ich denke unsere Aktivitäten sind im Wesentlichen... Also wir versuchen Menschen zu unterstützen, die im Knast sind, und wir versuchen mit Verwandten Kontakt aufzubauen. Wir machen auch Broschüren und versuchen Menschen darüber aufzuklären, die nichts über diese Dinge wissen und so weiter.

A: Wir veranstalten auch Trainings, einige Workshops für Leute, die nicht so vorsichtig sind in der Kommunikation mit der Polizei und damit sie, was weiß ich, wissen, dass es Probleme geben kann und dass sie sich besser bilden sollten. Außerdem schreiben wir Texte und verbreiten Informationen darüber, dass es jeden Moment Repressionen geben kann und jede_n betreffen kann, damit sie sich darauf vorbereiten.

I: Ihr sagt, ihr schreibt Broschüren und Informationstexte, ist das nicht gefährlich, sowas in der Öffentlichkeit zu verteilen und wie bringt ihr die Leute in Kontakt mit eurem Material, wie verteilt ihr das?

A: Hauptsächlich verbreiten wir das über persönliche Kontakte. Ich meine, wenn du zu einem Training kommst, dann findest du diese Sachen da mit Sicherheit und kannst es kostenlos mitnehmen. Und wir geben es Leuten mit, die wir gut kennen und die es in ihren Kreisen weiter streuen können, denen sie vertrauen, damit das nicht an die Polizei weitergegeben wird und so weiter. Die meisten dieser Bro-

schüren gibt es auch im Internet und sie können heruntergeladen und gelesen werden und ich meine, es gibt auch ein paar kleine Distros, die das lokal mit verteilen.

I: In Belarus ist es ein Grund, kriminalisiert zu werden, wenn du in einer nicht-registrierten Organisation aktiv bist, wie gehen Anarchist*innen damit um, diese Kriminalisierung abzuwehren?

B: Ja, es ist schwer, das zu vermeiden in Belarus. Aber wir versuchen, es zu vermeiden, indem wir anderen erzählen, dass es gefährlich sein kann, allen zu erzählen, was mensch so gerade macht, und wir sammeln Geld. Aber manchmal verstehen sie einfach nicht, dass es gefährlich sein kann, anderen mitzuteilen, wer mit wem zu tun hat. Es ist eher schwer, das zu vermeiden.

A: In Belarus arbeiten wir nicht als ABC Belarus, wir machen das als einfache Leute, die sich um andere kümmern und als Individuen Geld sammeln, und wir machen nicht öffentlich, dass ABC Belarus etwas veranstaltet.

I: Vielleicht ist es noch interessant zu erfahren, dass gerade Ende 2010 Wahlen waren, in denen Lukaschenko wieder einmal gewonnen hat. Es gab einigen Protest und unsere Frage ist, wie sich die Gesellschaft danach entwickelt hat, was denkt ihr, was einfache Menschen im Land über die Situation und den Staat und die Zukunft denken?

B: Ich denke, dass vermutlich fast alle in Belarus wissen, dass es keine Wahl gab, aber sie wollen nichts tun, sie sitzen nur da, weil sie Angst vor den Konsequenzen haben. Das ist, denke ich, einer der Gründe, weshalb die Menschen nicht protestieren.

A: Also ich sehe schon eine Radikalisierung der Gesellschaft, die Menschen sind müde von all dem Mist rund um Lukaschenko. Die Menschen reden über Protest und einige sagen auch, es könnte eine Art ägyptischer Revolution in Belarus geben und das kommt nicht von Anarchist*innen oder anderen Aktivist*innen, sondern von einfachen Menschen. Und das passiert auch vor dem Hintergrund, dass alles teurer wird, die Wohnungen, das Essen und das Durchschnittseinkommen stagniert und die Regierung macht offensichtlich falsche Versprechungen. Nach den Wahlen gab es mehr Bewegung, die aber inzwischen wieder abgeflaut ist.

I: Ok, unsere nächste Frage richtet sich auf ein besonders aktuelles Thema, nämlich der Plan Lukaschenkos, ein erstes Atomkraftwerk im von der Tschernobyl Katastrophe so stark geprägten Land zu bauen. Unsere Frage ist, inwiefern eine Art von sozialer Bewegung gegen dieses Atomkraftwerk existiert, vor allem vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan und der Geschichte mit Tschernobyl, was sagt ihr hierzu?

A: Es ist schon schwierig, darüber zu reden, da wir seit der Katastrophe in Japan nicht mehr im Land waren, daher können wir nicht genau sagen, wie es gerade jetzt ist, aber die gesamte Propaganda-Maschinerie des Landes arbeitet intensiv daran, Menschen glauben zu machen, dass das Atomkraftwerk in Belarus das sicherste und beste der Welt sein wird, bla bla bla. Die Menschen nehmen dies durchaus auch für bare Münze und denken, vielleicht ist es tatsächlich so und auch die Menschen in der Regierung glauben ernsthaft, es sei eine gute Idee, um beispielsweise auch ökonomisch unabhängiger zu sein. Tatsächlich ist es ziemlich still um diese Frage in der Gesellschaft, es gibt nur eine sehr kleine Bewegung gegen den Bau des Atomkraftwerks.

B: Ich denke, dass das Thema Tschernobyl und Umweltpolitik generell in Belarus mit den Jahren an Einfluss verloren haben. Es ist viele Jahre her, die Menschen trauern zwar immer noch um die Opfer, aber sie bringen es nicht in Zusammenhang mit dem neuen Kraftwerk. Ich denke die Menschen sehen das Problem nicht, sie denken, das neue Kraftwerk wird gut und sicher.

I: Wie kann denn die internationale Solidarität mit anarchistischen Gruppen in Belarus aussehen. Soweit wir informiert sind, beginnt der Bau doch bald, oder?

B: Im September.

I: Ok, im September, und wie denkt ihr, was kann getan werden, um diesen Konflikt und einen generellen gesellschaftlichen Wandel zu unterstützen?

B: Die Situation ist schwierig, das Problem groß und wir wissen nicht genau, was wirklich machbar ist. Bis zum Bau ist nicht mehr viel Zeit, wir versuchen aber trotzdem, Öffentlichkeit zu schaffen. Es gibt natürlich die Möglichkeit den Bau zu behindern oder anzugreifen, dann ist aber mit heftigen Repressionen zu rechnen und viele haben Angst, überhaupt aktiv zu werden.

A: Alle umliegenden Länder außer Russland, das es mit finanziert und baut, haben das Vorhaben für gefährlich erklärt und sagen, sie sind gegen dieses Kraftwerk. Doch Lukaschenko sagt, es wird gebaut. Dies ist eben eine weitere verrückte Idee in seinem Kopf. Es ist wichtig international Druck auszuüben, nicht nur von Regierungen, sondern von der Gesamtgesellschaft, beispielsweise in Polen oder Deutschland oder wo immer ihr euch befindet. Auch auf die internationale Atombehörde kann Druck ausgeübt werden, da sie die Idee der Atomkraft in allen möglichen Ländern verbreiten. Sie sagen, es sei eine gute Idee, solch ein Kraftwerk in Belarus zu haben und so weiter. Und es ist auch wichtig, Informationen über das was passiert, möglichst weit zu verbreiten.

B: Vielleicht versuchen wir den Menschen auch klar zu machen, dass wir bereits genügend Schulden in Belarus haben und diese durch das Kraftwerk noch steigen werden. Das wird sicher interessant sein, zu hören, denn bezahlen werden wir.

I: Eine Frage zu den Krediten. Sind sie aus anderen Ländern und aus welchen genau?

A: So weit ich weiß, sind es etwa 9 Milliarden Dollar aus der Russischen Föderation, es geht also um eine ganze Menge Geld für das Land. Es gibt so eine internationale Organisation, die Atomenergie als gute Idee darstellt, da kann Druck ausgeübt werden. Darüber kann auch in der EU oder sonstwo diskutiert werden, denn sie sagen, es sei eine tolle Idee, ein Kraftwerk in Belarus zu bauen und blabla.

B: Einige Menschen wollen nichts gegen das Kraftwerk tun, da sie hoffen, einen Job zu bekommen.

A: Wir hatten Diskussionen mit lokalen Anwohner*innen, die hoffen neue Jobs zu bekommen. Hauptsächlich werden diese aber an russische Expert*innen gehen, die hierfür eine spezielle Ausbildung haben.

B: Nur etwa 30% der Jobs werden an Arbeiter*innen aus der Region vergeben.

I: Vielleicht noch abschließend zur Antirepressionsarbeit, wie kann internationale Solidarität aussehen, was kann getan werden, vor allem in Bezug auf Antirepressionsarbeit und Gefangenenunterstützung?

A: Am wichtigsten ist es, Informationen zu verbreiten, aber es ist auch möglich nach Belarus zu kommen und die

Menschen hier kennen zu lernen, denn viele der aktiven Leute hier fühlen sich isoliert und es ist toll, andere Anarchist*innen oder soziale Aktivist*innen kennen zu lernen und zu sehen, dass Menschen in sozialen Auseinandersetzungen involviert sind und das rund um die Welt und nicht nur hier. Ein wichtiger Punkt ist auch das Geld, denn das Land ist nicht reich und das gesetzliche System ist sehr teuer, also die Anwält*innen und Strafen und das ist eine Menge Geld für uns und immer eine große Frage, woher es kommen kann.

B: Ich denke, viele Menschen wissen so gut wie nichts über Belarus und die Repression hier, und es ist gut Menschen aus anderen Ländern von der Repression gegen Anarchist*innen zu erzählen, so dass sie uns auch mit unseren finanziellen

Problemen helfen können, wenn sich möchten und auch Gefangenen Briefe schreiben oder andere Dinge. Es ist gut über die Lage aufzuklären und darüber zu schreiben. ■

I: Danke für das Interview.

|| **Kontakt zu den Interviewten:**
belarus_abc [at] riseup.net
a3yo – Material + Neuigkeiten zu Anarchismus
in Osteuropa
a3yo.noblogs.org / twitter.com/a3yoe /
a3yo [at] riseup.net

Pressemitteilung AL

Alle festgenommenen TunesierInnen freilassen

Die Alternative Libertaire verurteilt die xenophobe Politik der Regierung hinsichtlich der tunesischen ImmigrantInnen sowie MigrantInnen im Allgemeinen, und das gewalttätige Vorgehen der französischen Polizei gegen sie und ihre UnterstützerInnen.

Freiheit für alle festgenommenen TunesierInnen!

Am 4. Mai um 13 Uhr stellte die französische Polizei ihre Solidarität mit dem Kampf des tunesischen Volkes für seine Freiheit unter Beweis, mit einem Angriff – mit praktisch militärischem Vorgehen – gegen die tunesischen BesetzerInnen des Hauses Rue Simon Bolivar 51 (im 19. Arrondissement von Paris). Die TunesierInnen hatten dort Zuflucht gesucht, um den Razzien der letzten Woche zu entkommen, die die Kräfte der Repression gegen tunesische Bürger unternahmen. Der Angriff führte zur Festnahme von über hundert TunesierInnen und mehrerer UnterstützerInnen, darunter ein Mitglied der Alternative Libertaire, die gegenwärtig in mehreren Polizeiwachen um Paris festgehalten werden.

Die sehr gewalttätige Operation wurde unter Zuhilfenahme beträchtlicher Ressourcen durchgeführt, mit Einsatz

höherer Beamter und Fahrzeugen im gesamten Viertel. Wir bemerkten auch, dass Festnahmen in der Nähe des Gebäudes der Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT – Französische Demokratische Arbeiterkonföderation), jedoch keiner der Aktivisten dort einen Finger rührte, um gegen die vor ihren Augen ablaufenden Brutalitäten zu protestieren – typisch für die allgemeine Einstellung dieser Gewerkschaft. Am 12. Januar schlug [der frühere Außenminister] Michèle Alliot-Marie vor, die französische Polizei solle die tunesische Diktatur mit ihrer „Fachkompetenz“ unterstützen. Schaut so aus, dass sie genau das getan haben.

Die Alternative Libertaire fordert die sofortige Freilassung aller festgenommenen Personen und unterstützt die Forderung aller MigrantInnen ohne Papiere nach Anerkennung.

|| **Alternative Libertaire**, 4. Mai 2011

|| **Übersetzung:** FdCA Büro für Internationale Beziehungen

|| **Original auf Französisch mit Fotos:**
<http://www.alternativelibertaire.org/spip.php?article4216>

Erster Anarchistischer Kongress in Mexiko

Übersetzung eines Resümees der Federación Local Libertaria (FLL)

Rund 400 angemeldete Kongressteilnehmer_innen versammelten sich am 29. April gegen 11 Uhr im großen, seit 10 Jahren besetzt gehaltenen „Che Guevara“-Auditorium in der UNAM-Universität in Mexiko-Stadt. Zur Einleitung und auch zur Einstimmung in den Kongress wurde zunächst ein 20-minütiges Video gezeigt, das einen nostalgischen Rückblick über die Entwicklung des Anarchismus in Mexiko der letzten Jahrzehnte geben sollte: Darin wurde nicht allein dem mexikanischen Anarcho-Punk, der weltweite Beachtung gefunden hat, Respekt gezollt, sondern auch anderen Formen des gelebten Anarchismus, wie z. B. in der Beteiligung an der sozialen Bewegung in Oaxaca 2006 – als Lehrer_innen, Arbeiter_innen und Student_innen.

Nach der Eingangserklärung – bei der insbesondere auf die Armutssituation von mehr als 60 Millionen Menschen in Mexiko eingegangen wurde, aber auch auf die Tatsache, dass alle Regierungen, ob nun links oder rechts, die anarchistischen Bestrebungen gleichermaßen mit härtester Repression überzogen haben – wurden die verschiedenen Delegationen vorgestellt, die aus dem Ausland zum Kongress angereist waren, darunter Vertreter_innen von CNT-IAA, der Federation Anarchiste (Frankreich und Belgien), des Verlags „El Grillo Libertario“, der argentinischen FORA und von ABC aus Kolumbien. Im Anschluss wurden Grußworte vorgelesen, unter anderem von der IFA-IAF, des Movimiento Libertario Cubano, der FLA aus Argentinien, der Anarchistischen Föderation Berlin und verschiedener Verlage aus dem lateinamerikanischen Raum.

Als praktischer Einstieg in die Arbeit des Kongress waren Diskussionsrunden angesetzt worden, die folgende Themen bearbeiteten:

- Anarchismus und Punk-Bewegung
- Freie Medien
- Anarchofeminismus
- Ökologie und Tierbefreiung
- Anarchismus und Syndikalismus
- Kunst und Anarchismus
- Besetzungen als Widerstandform
- Anarchismus und Studentenbewegung
- Libertäre Pädagogik
- Anarchismus und Anti-Knast-Bewegung

Als weiteres, kurzfristig anberaumtes Thema kam noch „Der Anarchismus und das insurrektionalistische Projekt“

hinzu, da sich doch Vertreter_innen des Aufständischen Anarchismus gefunden hatten, die am Kongress nicht fehlen wollten. An jeder Diskussionsrunde waren etwa 30 Personen beteiligt.

Am zweiten Tag kamen weitere 200 Personen zum Kongress und die Arbeit wurde in Form der Tische vom Vortag fortgesetzt, die alle die folgenden Themen aus ihrem jeweiligen Blickwinkel heraus bearbeiteten.

- Wer sind wir.
- Erfahrungen im politischen Kampf.
- Wie organisieren wir uns.
- Probleme unserer Realität.
- Organisation der Anarchist_innen in Mexiko.
- Aktionsplan und anarchistischer Kampf.

Die Diskussionen wurden zwischenzeitlich ausgesetzt, als die Nachricht hereinkam, dass der anarchistische Gefangene Abraham Ramírez Vázquez nach mehr als 6 Jahren freigelassen wurde, der später auch telefonisch dem Kongress ein persönliches Grußwort zukommen ließ.

Die einzelnen Tische kamen zu folgenden Ergebnissen: Es besteht die Notwendigkeit, einen gemeinsamen, studentischen Aktionsplan zu erstellen, der das Thema des Anarchismus auch in die Schulen trägt. Es soll eine anarchosyndikalistische Gruppe geschaffen werden, die an die alte Tradition anschließt, aber auch die Kontakte zur CNT-IAA stärkt. Es sollen ein Internetblog für anarchistische Pädagogik geschaffen werden, Kampagnen gegen die Unterdrückung aller Lebewesen gestartet werden und für den 7. Mai ein Erstes Treffen Besetzter Räume in Mexiko organisiert werden. Darüber hinaus soll eine Übersicht über alle anarchistischen Gefangenen in Mexiko erstellt sowie konkrete Anleitungen und Tipps weitergegeben werden, um sich effektiver gegen Verhaftungen zur Wehr zu setzen. Und schließlich wurde auch die Organisation eines Zweiten Anarchistischen Kongresses beschlossen, damit die Ergebnisse des ersten tatsächlich umgesetzt werden.

Am 1. Mai gab es dann im Rahmen der Demonstration in Mexiko-Stadt auch einen anarchistischen Block mit bis zu 1.000 Teilnehmer_innen. ■

|| **Übersetzung:** jt

Ein Erfahrungsbericht aus Trbovlje

Anarchistische Buchmesse in Slowenien - АНАЯН

Die slowenische Föderation für anarchistisches Organisieren (FAO) organisierte vom 13. bis 15. Mai 2011 in der ca. 50 Kilometer von Ljubljana entfernten Kleinstadt Trbovlje ihre erste anarchistische Buchmesse. Zum einen sollte mit der Durchführung eines anarchistischen Events außerhalb der Hauptstadt die Bewegung in der Region gestärkt werden, zum anderen wird damit die 2003 mit der ersten Balkan Bookfair begonnene Tradition anarchistischer Buchmessen in Slowenien fortgesetzt.

Erste Eindrücke

Es war zunächst eine Handvoll Aktivist_innen der FAO, die am Freitagmorgen im Foyer des Arbeiter_innen-Heims „Delavski Dom“ in Trbovlje mit dem Aufbau der Messe beschäftigt war: Tische wurden zurechtgerückt, historische Plakatwände mit unzähligen Photographien und alten und neuen Dokumenten liebevoll zusammengestellt. Die Buchmesse begann offiziell erst am späten Nachmittag, weshalb sich bis zum Mittag nur wenige Besucher_innen zeigten: ein Mitglied der französischen Federation Anarchiste (mit einer kleinen Bibliothek angereist), ein dänischer Hitchhiker, den es von Österreich hierher verschlagen hatte, sowie meine Wenigkeit (ausgestattet mit einer Auswahl an Dokument As der Anarchistischen Föderation Berlin – Gǎi Dào hatte ich leider nicht zur Hand...). Anfangs gab es dementsprechend nur wenige Buchstände, was sich im Laufe des Freitags und bis Sonntag jedoch noch ändern sollte.



Die Organisator_innen bemühten sich, die Gäste aus aller Welt in der Nähe des Messeortes unterzubringen – insgesamt hatten sich mehr als 50 Personen angekündigt – doch in Trbovlje selbst erwies sich das als schwierig: Eigene Räume besitzen die Genoss_innen vor Ort nach einem Wasserschaden bei ihrem Nachbarn nicht mehr, doch außerhalb der eigenen Strukturen ist es schwierig, Schlafgelegenheiten zu finden. Und das obwohl – wie die Orga-Crew uns gegenüber betonte – die Bevölkerung gerade in Trbovlje der Buchmesse, aber auch dem Anarchismus überhaupt ein überdurchschnittliches Wohlwollen entgegenbringt. Das hat in allererster Linie mit der überaus kämpferischen Tradition des kleinen Industriestandorts zu tun, wo sich beispielsweise bereits 1924 eine entschlossene Menschenmenge einem Aufmarsch von Faschisten entgegenstellte, die zur Einschüchterung von Gewerkschafter_innen herbeigerufen worden waren. Bei der nachfolgenden Auseinandersetzung war es zu Toten auf beiden Seiten gekommen.

Trbovlje und der Kampf gegen Lafarge

Aber auch heute gibt es wahrlich genug Gründe zum Aufbegehren. „Lafarge tötet“ steht auf Slowenisch an einer Mauer neben der Landstraße, die nach Trbovlje führt. In Schlangenlinien geht es mitten durch eine äußerst hügelige und nicht wenig an die Schweiz erinnernde Landschaft mit lauter kleinen Tälern. Doch am Ortseingang werden Besucher_innen dann von einem hingeklotzten Werk des französischen Konzerns Lafarge empfangen. Der weltweit führende Baustoffhersteller hatte 2002 die bereits seit Jahrzehnten bestehende Zementfabrik in Trbovlje übernommen. Im Laufe der nächsten Jahre entließ der Konzern etwa die Hälfte der Belegschaft und erhielt in 2005 die Erlaubnis, das Werk auch zur Müllverbrennung zu nutzen. Daraufhin stieg die Menge verbrannter Abfälle rasant an, so dass etwa zwei Drittel der Gewinne des Standortes aus der Müllverbrennung stammen. Doch die Folgen konstant ignoriert Grenzwerte bei toxischen Rückständen auf Umwelt und Bevölkerung ließen nicht lange auf sich warten. Die Kontamination der Gegend und die Gesundheitsprobleme der ansässigen Bevölkerung nahmen ein solches Ausmaß an, dass mit EKO CROQ eine Initiative (mit ca. 200 Mitgliedern) gegründet wurde, die dem Treiben ein Ende bereiten sollte – mit Erfolg, vorerst jedenfalls. Im März 2011 untersagte ein Gericht

dem Konzern Lafarge die weitere Verbrennung von Abfällen im Werk. Dennoch brauchte das Unternehmen geschlagene zwei Wochen, bis es tatsächlich damit aufhörte. Die weitere Entwicklung des Falls ist noch offen.

Doch nicht nur der Einfluss der französischen Firma ist unübersehbar. Am Ortseingang (und dann alle 500 Meter) weisen Werbebanner auf die Existenz von gleich drei Supermarkt-Discountern hin, die – wie sollte es anders sein – allesamt deutsche Unternehmen oder Subunternehmen sind: Spar, Lidl und Hofer (Aldi-Süd).

АНАЯН / HRANA – Anarchie und Essen

Zur Vorbereitung des Events gehörte auch das Aufhängen einer großen Transparents vor dem Eingang des Arbeiter_innen-Heims mit dem Motto der Veranstaltung: „Dnevi avtonomne politike in kulture - АНАЯН - Proti diktaturi kapitala“ (dt.: Tage autonomer Politik und Kultur - АНАЯН - Gegen die Diktatur des Kapitals). Das Plakat bzw. das Motto sind in vielfältiger Weise interessant: Der Begriff „АНАЯН“, bei dem das ‚R‘ falsch herum steht, steht neben der sprachlichen Wurzel für alle anarchistischen Begrifflichkeiten im Slowenischen, auch für den Titel eines unvollendeten Werks von Srečko Kosovel. Dieser bereits als 24-Jähriger zwischen den beiden Weltkriegen verstorbene slowenische Dichter, der mittlerweile als nationale Kulturikone gehandelt wird, aber durchaus anarchische Tendenzen aufwies, wählte diesen Namen aus verschiedenen Erwägungen heraus, unter anderem, weil es mit dem falschen R zu einem Lesen in die andere Richtung verleitet: HRANA, was „Essen“ bedeutet. Passenderweise wurde direkt unter dem Transparent auch die Vokü für die Veranstaltung aufgebaut. Organisiert wurde diese von einer anarchistischen Gruppe aus dem Ort Koper, den Essenswagen erhielten sie jedoch von der örtlichen Feuerwehr. Diese unterstützt seit Jahren auch die zahlreichen „Food not Bombs“-Aktionen in Trbovlje durch ihre kostenlose Bereitstellung eines mobilen Kochwagens sowie verschiedener Zelte. „Gegen die Diktatur des Kapitals“ war darüber hinaus auch das Motto einer Politreihe der FAO, die in der Bevölkerung großen Anklang gefunden hatte.

Zufällige Besucher_innen und weitere Aussteller_innen

Überrascht oder auch kritisch – es war stets interessant, die Mienen von Leuten zu beobachten, die beinahe im Minutentakt zu einem Bankautomaten in einem Nebenraum des Foyers kamen. Überhaupt war die Wahl der Räume sehr gelungen. Im Grunde genommen handelt es sich bei „Delavski Dom“ um ein kleines Kongresszentrum mit einem Kinosaal und weiteren großen Räumen, mit viel Platz für Aussteller_innen und Infowände. Parallel zur Buchmesse fanden in den



innen und Infowände. Parallel zur Buchmesse fanden in den Räumen auch reguläre Kinoveranstaltungen sowie eine Ausstellung von Künstler_innen im Seniorenalter statt. Deren Besucher_innen waren nun unmittelbar mit der Buchmesse, den Ständen und den großen antikapitalistischen oder antifaschistischen Transparents im Foyer konfrontiert. Und das war durchaus Teil des Konzepts.

Bis zum frühen Freitagnachmittag waren auch verschiedene Kleinstverlage/Gruppen aus dem Balkan dazugekommen, unter anderem aus Slowenien und Kroatien. Angekommen war aber auch eine Gruppe von Frauen der holländischen EYFA-Gruppe (European Youth For Action), die zurzeit in Europa auf Tour sind und Workshops zu den Themen Kampagnenarbeit, Gruppenarbeit und Konsentsentscheidungen durchführen. Direkt nach der Buchmesse bot die Gruppe in der Hauptstadt Ljubljana etwa 30 Aktivist_innen aus Osteuropa einen einwöchigen Kurs zum Thema Konsentsentscheidungen an.

Ebenfalls mit einem Stand auf der Buchmesse präsent war die zur IAA gehörende Anarchosyndikalistische Initiative (aus Serbien). Vertreten wurde die ASI von Ratibor, einem der so genannten Belgrad Six, der sich sofort für die großartige Unterstützung bedankte, die ihm und seinen fünf Genoss_innen damals auch von deutschen Gruppen zuteil geworden war. Die sechs Aktivist_innen waren vom serbischen Staat 2009/2010 unter dem Vorwand, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, sechs Monate in Untersuchungshaft gehalten worden, erstinstanzlich jedoch freigesprochen worden (mehr dazu in einem Interview, das hoffentlich in einer der nächsten Gǎi Dào erscheinen wird).

Selbstverwaltung als eines der Hauptthemen

Bei der ersten Diskussionsveranstaltung am Freitagabend fanden sich ca. 70 Leute zu einer spannenden Diskussion ein, zu der verschiedene Vertreter von (zum Großteil nicht-

anarchistischen) Gruppen eingeladen worden waren, deren gemeinsames Merkmal die Selbstverwaltung ist: ein Vertreter von EKO CROQ, die gegen Lafarge kämpft, ein Vertreter der Gruppe „Invisible Workers of the World“ (IWW, ein Selbstorganisierungsansatz migrantischer Arbeiter_innen in Slowenien) sowie ein Vertreter einer studentischen Gruppe. Mit einer Flüsterdolmetschung kümmerten sich drei Dolmetscher_innen um Gäste ohne Slowenisch-Kenntnisse. Da ich zu ECO CROQ bereits etwas geschrieben habe, hier noch ein paar interessante Eindrücke zu IWW: Eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für Arbeitsmigrant_innen in Slowenien (und die stammen hauptsächlich aus den anderen Staaten Ex-Jugoslawiens) ist die rigorose Visa-Regelung. Die Vergabe von Visa ist an die jeweilige Arbeitsstelle gebunden, sprich: Verliert die Person ihre Arbeit, verliert sie auch ihr Visum. Diese Regelung öffnet einer uneingeschränkten Ausbeutung natürlich Tür und Tor. Das ist auch der Grund, warum ein organisiertes Vorgehen gegen diese Situation dringend erforderlich ist. Erst nach einem Hungerstreik 2010 änderte sich die Situation ein wenig – der Staat achtet besser auf die Arbeitsbedingungen. Doch dabei will es IWW nicht belassen, es geht ihnen nicht allein um die Arbeitsbedingungen, es geht ihnen auch um die Einbindung in von Arbeitsmigrant_innen in die Gesellschaft insgesamt.

Im Anschluss an diese Veranstaltung konnten Interessierte den Ken-Loach-Film „Land and Freedom“ zur Spanischen Revolution im Kino sehen.

Workshops und Kultur am Samstag

Der zweite Tag zeichnete sich durch eine rege Beteiligung an den Angeboten und einem sehr vielfältigen Programm aus. Doch der Tag ging auch nicht völlig konfliktfrei über die Bühne. Am Vormittag und am frühen Nachmittag gab es verschiedene Workshops (unter anderem zu essbaren Wildpflanzen in der Stadt und einem Gespräch unter Frauen ohne Tabus) sowie einen Austausch zu kollektiven Anbauformen. Den vorläufigen Höhepunkt der Messe bildete der Auftritt des Männerchors „Zarja“, der ununterbrochen seit den 1930ern existiert und deren Mitglieder zum Teil im Partisanenkampf von den Nazis umgebracht wurden. Seine Mitglieder – alleamt Männer im Alter von 60+ – gaben Revolutionslieder auf Slowenisch zum Besten.

Konflikt am Samstagabend

Bei der abschließenden Diskussion zum Thema „Anarchismus oder Barbarei: Gibt es wirklich keine Alternative zum Kapitalismus?“, bei der es um ganz konkrete Projekte und Erfahrungen gehen sollte, saßen fünf Männer auf dem Podium:

ein Moderator und vier Mitglieder verschiedener Föderationen oder Gruppen aus ganz Europa. Die Diskussion wurde auf Englisch geführt und es waren sehr viele Menschen aus anderen Ländern im Saal anwesend. Nachdem alle Podiumsmitglieder ausführlich Zeit gehabt hatten, ihre Statements abzugeben und sich bereits eine kurze Diskussion entwickelt hatte, eskalierte die Situation plötzlich, als eine Frau aus dem Publikum die Frage formulierte, ob die auf dem Podium sitzenden Redner angesichts der offensichtlich sehr männlich dominierten Diskussion denn darüber berichten könnten, welche Erfahrungen sie in ihren Gruppen/Föderationen mit dem Thema verschiedener Identitätskonzepte gemacht hätten, wie sie mit Genderfragen generell umgehen würden und ob ihren Gruppen diese Problematik bewusst sei und die Frau darauf von einem Mann auf dem Podium eine sehr aggressive Antwort erhielt. (Bemerken möchte ich an dieser Stelle, dass dies eine sehr vereinfachende Darstellung der Situationsentwicklung darstellt und die verschiedenen Nuancen außer Acht lässt, die zum Teil mit für die Eskalation verantwortlich waren.) Sinngemäß erklärte er (mit sehr lauter Stimme), dass er sich von dieser Art Frage angegriffen fühle. Solche Fragen seien völliger Unsinn und sie würden als typischer postmodernistischer Quatsch ignorieren, dass Sexismus, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung das Ergebnis der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft seien und ihre Bekämpfung daher auch Teil des antikapitalistischen Kampfes sei.

Auf diese Situation wurde zunächst mit dem Abdrehen des Mikros reagiert und die Diskussion durch verschiedene Interventionen seitens des Moderators aber auch anderer Personen aus dem Publikum nach einer Weile wieder in eine sachlichere Ebene überführt. Anschließend erhielten alle die Möglichkeit, ihre Positionen noch einmal ausführlicher zu erklären. Die inhaltliche Diskussion zum ursprünglichen Thema der Veranstaltung wurde danach nochmals angerissen, aber bald zu einem Ende geführt. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion war die Eskalation das meistbesprochene Thema in den vielen kleinen Gesprächsgruppen, die sich spontan bildeten. Auch die unmittelbar an der Auseinandersetzung beteiligten Personen kamen zu einem gemeinsamen, privaten Gespräch zusammen, bei dem (zum Teil mit Methoden aus dem Mediationsbaukasten) verschiedene ungünstige Einflussfaktoren identifiziert wurden, und wo beiden Seiten, aber auch den Veranstalter_innen Fehler unterlaufen waren bzw. wo es schlichtweg auch Missverständnisse gegeben hatte, die die Situation zusätzlich angeheizt hatten. Inhaltlich kam es schließlich nicht wirklich zu einer Einigung, aber wenigstens auf der persönlichen Ebene konnten die aus der Veranstaltung herrührenden Unstimmigkeiten ausgeräumt werden. Zur Ehrenrettung der Veranstalter_innen soll hier auch er-

wähnt werden, dass insgesamt drei Frauen als Rednerinnen fürs Podium eingeladen worden waren, die ihre bereits gegebene Zusage jedoch aus unterschiedlichen Gründen kurzfristig wieder zurückgezogen hatten. Eine Thematisierung dieser Umstände bereits zu Beginn der Veranstaltung wäre sicher sinnvoll gewesen.

Der Samstag endete dann mit einer Party. Zwar war die Tanzfläche drinnen eher spärlich besucht, dafür feierten die Gäste draußen vor dem Zentrum umso ausgelassener und zum Teil bis zum frühen Morgen.

Stadtgeschichte und Abschluss am Sonntag

Am Sonntag stand zunächst eine politische Stadtführung auf dem Programm. Aufgrund der langen Nacht verschob sich der Start ein wenig, aber leider regnete es auch zum ersten Mal während der Messe, was zu einer verkürzten Route führte. Ein besonderes Highlight: der Besuch eines lokalen Kleinstmuseums, in dem ein Mitarbeiter des Museums den Gästen von ANAЯH zwei Wohnungen von Bergarbeiter_in-

nen zeigte, eine aus den 1920er-Jahren und eine aus den 1960ern und von den damaligen Lebensbedingungen erzählte.

Beim Abschlussplenum wurden zwar einige wichtige Fragen aufgeworfen, doch richtig bei Kräften war dann niemand mehr, so dass die Formulierung einer gemeinsamen Erklärung zur Buchmesse vertrauensvoll in die Hände der FAO gelegt wurde, die für ihre Organisation des Events von den meisten Leuten gelobt wurde und sich im Gegenzug bei den Zugereisten für ihre Teilnahme bedankte.

Kritisch sollte noch angemerkt werden, dass die tatsächliche Einbindung weiterer lokaler Gruppen, aber auch der Bevölkerung nicht in dem Maße funktionierte, wie es sich die FAO und wohl auch die meisten Besucher_innen gewünscht hätten. Eines steht dennoch bereits fest: Die FAO möchte von nun an jährlich eine anarchistische Buchmesse an wechselnden Orten in Slowenien durchführen. Und wir wünschen dabei gutes Gelingen! ■

|| Von jt (afb)

Klassenkampf in Maghreb und Mashrek - Klassenkampf weltweit

Seit Wochen und Monaten existiert in der so genannten „arabischen Welt“, die nur ein Teil der Welt des Kapitals ist, eine starke Bewegung. Länder wie Ägypten, Jemen, Bahrein, Libyen, Syrien etc., Städte wie Tunis, Gafsa, Sfax, Kasserine, Kairo, Alexandria, Suez, Sanaa, Aden, Tripoli, Benghazi, Misrata, Tobruk, Damaskus, Daraa, Lattakia, Homs etc. stehen in Flammen und brennen vor sozialer Wut. Proteste und Demonstrationen, Zusammenstöße mit Polizei und Spezialeinheiten, Massenstreiks mit Gewalt, Plünderungen, brennende Banken und staatliche Institutionen, Akte der Solidarität und Agitation, das Bilden von Komitees und „shuras“ (A.d.Ü.: Räten) ... all das und noch mehr ist Ausdruck der proletarischen Bewegung, die sich in diesen Regionen verbreitet hat. Unsere Klassenperspektive entsteht aus diesen „Volksrevolten“ – beim Organisieren von Strukturen zur Verteilung von Lebensmitteln und medizinischer Hilfe, und gegen Austausch wie z. B. in Misrata, wenn Arbeiter das Hauptquartier der offiziellen ägyptischen Gewerkschaften zerstören oder in revo-

lutionären, defätistischen Demonstrationen in Saudi Arabien gegen ihre „eigenen“ Truppen, die entsandt werden, um die Rebellion in Bahrein zu zerschmettern.

Die Medien beschreiben die Bewegung jedoch immer noch als Kampf gegen eine Diktatur und für Demokratie, oder als Akt unverantwortlicher Hooligans und Agents Provocateurs im Sold der CIA, sowohl mit dem Zweck, die wahre Natur unserer Klassenbewegung zu verbergen und zu verfälschen. Sarkozy, Obama, Cameron, Ban Ki-Mun, Schwarzenberg oder Chávez ebenso wie unzählige andere politische und militärische Analytiker und Journalisten, alle bieten uns diese oder jede Erklärung der Bewegung an. Das überrascht nicht. Sie stellen sie so dar, wie es den bürgerlichen Interessen am besten nutzt. Und diese Interessen sind klar: die Weltordnung, die von der proletarischen Bewegung erschüttert wird, mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, während einerseits deren unerwünschte Teile aus der Macht geschubst und eine „siegreiche

Revolution“ verkündet wird (wie in Ägypten oder Tunesien) und andererseits, in dem Rebellen von Spezialeinheiten und Armeen zerschmettert werden (wie in Bahrein). Welche Methode auch immer angewendet wird, die Aufgabe ist dieselbe – die Ausbreitung der Bewegung auf „unsere geliebten Länder“ zu verhindern und zu betonen, dass die Geschehnisse von den besonderen Bedingungen bestimmt werden, wie „autoritäre Regierungen“, „nahöstlicher Mentalität“, „Stammesbeziehungen“, „Gier nach Öl von imperialistischen Ränkeschmieden“ etc. Obwohl es derzeit nicht danach aussieht, das solche Möglichkeiten auch hier entstehen, sucht deren Geist auch die europäische Bourgeoisie heim (die Griechen, Portugiesen oder Iren sicherlich mehr als die Tschechen) und die Bourgeoisie weltweit.

Das liegt daran, dass es die materielle Lebensrealität ist, die alle Proletarier auf der Welt teilen; die Realität der Ausbeutung, Armut, des staatlichen Terrors, der der wahre Grund für jeden Klassenkampf ist. Preiserhöhungen bei grundlegenden Waren wie Lebensmittel, Benzin, Wasser und Elektrizität, Anstieg der Arbeitslosigkeit und allgemein prekäre Arbeitsbedingungen für diejenigen, die noch Arbeit haben, Sinken der Reallöhne, Wohnungsnot – all diesen Fakten sehen sich Proletarier überall auf der Welt gegenüber, von Mitteleuropa bis Russland, von Nordamerika bis Indonesien, und alle diese Probleme sind auch der wahre Grund der gegenwärtigen Klassenkampfbewegung in Maghreb und Mashrek.

Dies liegt daran, dass kein Wechsel von Regierung oder Regime diese Probleme lösen kann, da sie der Modus Vivendi des Kapitals sind. Streiks, Unruhen und kollektive Enteignung von Gütern gehen ja auch weiter, nachdem Mubarak und Ben Ali sowie einige Regierungen gestürzt wurden. Die Textilarbeiter von El-Mahalla El-Kubra sowie Arbeiter des Suezkanals oder Landarbeiter und andere haben überall in Ägypten einen massive Streikbewegung begonnen, für die Erhöhung der Mindestlöhne und gegen die hohen Lebensmittelpreise. Zwar leugnen alle bourgeoisen Gruppen in Ägypten (das Militär wie die Muslim-Bruderschaft oder die Clique um Muhammad El-Baradei) dies entschlossen, aber die Streikbewegung in Ägypten (und auch in Tunesien) läuft weiter und widersetzt sich dem Verbot der Militärregierung. Der libysche „Nationale Transformationsrat“ (NTC) gibt als sein Ziel „die Wiederherstellung des üblichen Zivillebens“ vor, was in Wirklichkeit die Deprivation der Proletarier von ihrem eigenen Leben und dessen Organisation bedeutet. Während Aufständische entwaffnet und das Gewaltmonopol des Staates wieder hergestellt wird, organisiert das NTC bewaffnete Garden, die Recht und Gesetz auf den Ölfeldern und in den Raffinerien aufrecht erhalten, in denen es zu Beginn des Aufstandes zu Streiks kam.

Weil jede proletarische Bewegung den Samen enthält, der den Kapitalismus stürzen kann, wird die Perspektive einer klassenlosen menschlichen Gesellschaft aus der Asche dieser alten Welt entstehen. Die proletarische Bewegung in Maghreb und Mashrek hat diese Perspektive begrenzt und nur schwach zum Ausdruck gebracht, jedoch stark genug, um die proletarischen Interessen zu verdeutlichen, die denen der Bourgeoisie entgegengesetzt sind. In Libyen ist die Bewegung einen Schritt nach vorne gegangen und hat einen Aufstand organisiert, der die Bourgeoisie zur Intervention (über das Bombardement der NATO sowie durch diplomatische Verhandlungen) und in zwei Lager zwang: die „alte neue“ Fraktion der Bourgeoisie (die Hälfte von ihnen sind hohe Beamte des früheren Regimes), die im NTC organisiert ist, und die des „sozialistischen Generals“ Gaddafi (bis vor kurzem noch der geschätzte Geschäftspartner der westlichen Bourgeoisie), um die Trennungslinie zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu verwischen und den Klassenkampf zu einem blutigen Bürgerkrieg zu machen.

In Ägypten, Tunesien, Libyen, im Irak, in Syrien, Jemen, Bahrein, in Britannien, Griechenland, Wisconsin, China, Chile..... in der Tschechischen Republik... überall auf der Welt bietet uns das Kapital entweder den langsamen Tod an, wenn es unsere Arbeitskraft gerade braucht, oder die physische Vernichtung unseres Lebens, wenn wir nicht mehr gebraucht werden.

In Ägypten, Tunesien, Libyen sind es unsere Klassenbrüder und -schwestern, ist es unsere Klasse, die gegen das Kapital und gegen den Staat kämpft. Ihr Kampf ist der unsere. Bestätigen wir seine proletarische Perspektive gegen alle demokratischen Mystifizierungen! ■

1) Im Gegensatz zur eurozentristischen Ideologie, die betont, die Welt bestehe aus getrennten Bereichen mit einem Zentrum (Europa und Nordamerika) und einer Peripherie (der Rest der Welt), ziehen wir es vor, die arabischen Begriffe „Maghreb“ (dt.: „Sonnenuntergang“) und „Mashrek“ (dt.: „Levante“), also den Westen und den Osten der „arabisch-islamischen“ Welt, zu benutzen und nicht die Begriffe Naher Osten oder Mittlerer Osten. Nahe bei wem? Nahe bei Europa natürlich!

Anm. d. Übers.: der arabische Begriff „Mashrek“ leitet sich von der Bezeichnung „Osten“ ab und bedeutet in etwa „das im Osten gelegene Land“, womit die Länder des „Nahen Ostens“ gemeint sind. Die obige Erklärung ist daher unkorrekt und verwendet einen weiteren kolonialen Begriff.

|| Übersetzung: aswad

Erster Mai 2011

Ursprünglich hatte ich angedacht, einen Art Rückblick auf den ersten Mai 2011 zu schreiben. In der Woche nach dem ersten Mai sammelte ich also Artikel und Berichte zum ersten Mai und ergänzte meine Sammlung „revolutionärer Aufrufe“.

Bei der Durchsicht fiel mir jedoch auf, wie langweilig sowohl die Aufrufe zum „Revolutionären ersten Mai“ als auch die Berichte über selbigen sind. Ein zusammenfassender Überblick konnte also auch nur langweilig werden. Glücklicherweise gibt es aber aus dem Spektrum der Autonomen, der Anarch@-Szene und der Anarcho-SyndikalistInnen doch einiges zu berichten.

So gab es nicht wenige Gruppen (wie zum Beispiel die ASJ-Göttingen), die schon am 28. April zum „Workers Memorial Day“ (WMD) aktiv wurden. Dieser Tag ist hierzulande leider nur wenigen Leuten ein Begriff und noch weniger Menschen begehen diesen Tag. An dieser Stelle sei der Hintergrund nur kurz erläutert. Jedes Jahr sterben mehr als zwei Millionen ArbeiterInnen an den direkte Folgen der Arbeit. Der WMD ist aber nicht nur diesen Opfern der planetaren Arbeitsmaschine gewidmet, sondern vor allem denen, die noch leben. So ist dann auch das Motto des WMD: „Remember the dead – Fight like Hell for the living!“ Der WMD wurde 1984 zum ersten Mal in Kanada ausgerufen. 1992 kam er nach Europa (Großbritannien). Syndikate der FAU waren es dann, die erstmals den WMD in der BRD mit zahlreichen Aktionen begingen. Dieses Jahr wollte sich dann auch die IG Bau mit einer Schweigeminute am WMD beteiligen ...

Am 1. Mai selbst zeigten einige Syndikate der FAU und das autonome/anarchistische Spektrum, dass man sich sowohl vom sozialpartnerschaftlichen DGB-Ritual als auch von den „revolutionären“ Demonstrationen der diversen „kommunistischen“ Gruppen positiv abheben kann. So zogen in Berlin FAUistas, Wobblies, Antifas und Autonome gemeinsam zum Bundesverband Leiharbeit, Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister, Bundesministerium für Soziales, Randstad Deutschland und zu Olympia Personaldienstleistungen. Zu Olympia ging es aus aktuellem Anlass, denn Olympia gehört zum international operierenden Konzern OTTO Workforce. Seit Februar kämpfen dort polnische und slowakische ArbeiterInnen, die von OTTO in die Niederlande verliehen wurden, gegen ihre miesen Arbeits- und Lebensbedingungen. Die FAU unterstützt diesen Arbeitskampf, der von

ihren Schwestergewerkschaften ZSP (Polen) und PA (Slowakei) initiiert wurde.

In Kiel ging „Gerecht ganz anders“. Zum wiederholten Male konfrontierten Autonome und Anarcho-SyndikalistInnen den DGB mit ihrer Kritik. Auf mitgebrachten Transparenten wurde unter anderem der gemeinsame Vorstoß des DGB mit dem Arbeitgeberverband BdA zur gesetzlichen Regelung der so genannten „Tarifeinheit“ (http://www.fau.org/ortsgruppen/kiel/art_110406-001402) deutlich kritisiert.

In Wuppertal fand zum 25. Mal in Folge eine autonome Mai-Demonstration statt. Die Polizei war – wie jedes Jahr – überrascht, dass keine polizeiliche Anmeldung vorlag und begab sich – wie letztes Jahr – auf die Suche nach Betrunkenen, die die Rolle des Demoanmelders im Auftrag der Polizei spielen sollten. Und, wie jedes Jahr, gerieten die Dienstbüttel auch dieses Mal wieder geplant und wohl instruiert außer Kontrolle ...

Und zu guter letzt gab es dann auch noch die Aktivitäten einiger „Unbezähmbarer“ zum zweiten Mai, dem Tag der Arbeitslosen. Dieser Tag ist dem Kampf des Arbeitswahns, der Zerstörung des Mythos Arbeit gewidmet. Eingeleitet, begleitet und beendet wird der Tag traditionell mit einem Gebet gegen die Arbeit:

*Arbeit!
Geißel der Menschheit!
Verflucht seist du bis ans Ende aller Tage
Du, die du uns Elend bringst und Not
Uns zu Krüppeln machst und zu Idioten
Uns schlechte Laune schaffst und unnütz Zwietracht säst
Uns den Tag raubst und die Nacht
Verflucht seist du
Verflucht
In Ewigkeit
Amen*

|| R.M.

ASJ-Berlin – Ein Interview

1. Wer oder was ist denn die ASJ (Berlin)?

Die Anarchosyndikalistische Jugend Berlin versteht sich als Kultur- und Kampforganisation freier Jugendlicher zur Wahrung und Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder. Dabei setzt sie auf die Souveränität der eigenen Gruppe, Selbstorganisation und direkte Aktionen in allen Lebensbereichen.

2. Seit wann gibt's euch?

Die ASJ Berlin hat sich offiziell am 18.04.2009 im damaligen FAU-Lokal gegründet. Allerdings bestanden personelle Kontinuitäten bis in das Jahr 2007, wo sich auf der Burg Lutter die FAU-interne Jugendvernetzung bildete. Diskutiert wurde in Berlin seit Ende 2008, die erste gemeinsame Demonstration fand unter dem Namen ASJ Berlin schon im März 2009 statt.

3. Was macht ihr so? Was habt ihr bis jetzt so getan?

Die ASJ Berlin hat sich schon in den unterschiedlichsten Bereichen betätigt, beispielsweise in der Unterstützung der FAU Berlin beim Arbeitskampf im Kino Babylon. Wichtig war auch immer die Selbstbildung durch Kulturveranstaltungen in Form von Lesungen (Emma Goldman, Errico Malatesta), Vorträgen und Gedenkveranstaltungen zu Syndikalisten (Todestag von Erich Mühsam, Fritz-Kater-Gedenkveranstaltung). Aber auch Workshops zu Selbstorganisation im Bildungsbereich wurden schon veranstaltet. Hinzu kommt konkrete Unterstützung internationaler Aktivitäten (z. B. für die SKT Sibiriens, ZS Polen, ASI Serbien) und lokaler Gruppen. Derzeit bereiten wir ein Erich-Mühsam-Fest und eine Mietprotest-Demo zum 30.4. vor. Auch eine Broschüre zur SchülerInnen-Selbstorganisation ist im Entstehen. Eine alle zwei Monate erscheinende Jugendzeitung „Schwarzes Kleeblatt“ ist derzeit in der zweiten Ausgabe herausgekommen.

4. Habt ihr ein Selbstverständnis? Wenn ja, was steht darin? Wenn nein, warum?

Ein konkret formuliertes Selbstverständnis besitzen wir nicht, es findet eher über unseren Namen (anarchistisch UND syndikalistisch) und einem kurzen Werbetext statt, der uns als Kultur- und Kampforganisation selbstverwalteter Jugendlicher vorstellt. Uns war es bisher immer lieber, konkret zu arbeiten, als sich mit linker Selbstbeschäftigung aufzuhalten.

5. Welche Form von Anarchismus strebt ihr an?

Es gibt bei den Mitgliedern unterschiedliche Vorstellungen, wie die zu erreichende Gesellschaft aussieht, allerdings

sind wir nicht umsonst in einer anarchosyndikalistischen Organisation, die als Ergebnis eine Selbstverwaltung von KonsumentInnen und ProduzentInnen auf gewerkschaftlich-genossinnenschaftlicher Basis anstrebt. Inspirierend sind die Berichte der Machnowtschina und der Spanischen Revolution.

6. Wie alt sind denn eure „Mitglieder“, wie viele seid ihr?

Die Altersspanne reicht bei uns von 16 bis 23 und umfasst derzeit 19 Mitglieder. Bei uns sind Erwerbslose und tätige ebenso aktiv wie Zivildienstleistende, Studierende, Azubis und SchülerInnen.

7. Wie unterscheiden sich die Mitglieder oder haben sie alle auch noch einen anderen gemeinsamen Nenner als den Anarchismus?

Anfangs waren es vor allem Freunde und Bekannte, die sich zusammen fanden, inzwischen kommen auch komplett neue Leute, selbst aus dem Ausland, zu uns. Manche spielten in einer Band, andere wohnen zusammen, wieder andere sind gute Freunde geworden. Ansonsten hat eben jedeR ihre/seine individuellen Vorlieben.

8. Seht ihr euch als Jugendgruppe der FAU? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum?

Es gab bei uns mal die Diskussion, ob wir als Jugendsektion der FAU Berlin auftreten, wogegen wir uns aber zugunsten der Souveränität (eigene Kasse, eigene Strukturen und Entscheidungen, Unabhängigkeit gegenüber den „Älteren“) entschieden haben. Auch ist eine Jugendorganisation keine Wirtschaftseinheit, wie wir die Syndikate verstehen. Abgesehen davon gab es anfangs durchaus negatives Verhalten von FAUistas gegenüber der ASJ Berlin, die erst aufhörten, als wir während des Arbeitskampfes im Kino Babylon regelmäßig und zahlreich bei den Veranstaltungen waren und die FAU Berlin grundsätzlich bei Flyeraktionen und Demonstrationen unterstützt haben und somit einen Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung des Falles beigetragen haben. Inzwischen läuft die Zusammenarbeit aber ziemlich gut.

9. Habt ihr Kontakt mit anderen Organisationen? Auch zu tendenziell nicht-anarchistischen?

Lokal arbeiten wir mit einigen antifaschistischen (Jugend-)Gruppen zusammen, ebenso wie Bildungsgruppen. Auch Bündnisse gehen wir recht selbstbewusst ein, schließlich sollten wir uns nicht scheuen, unsere Positionen zu vertreten. International bestehen persönliche Kontakte sowohl

zur SUF als auch nach Polen, Russland, und anderen osteuropäischen Ländern. Im Frühjahr fand eine Rundreise von zwei Genossen durch Deutschland statt, um in anderen Städten für die ASJ zu werben, in Leipzig entstand daraus ein halbes Jahr später sogar ein Ortsverein.

10. Wie sieht's mit Repressionen gegen eure Gruppe aus? Hattet ihr schon negative Erfahrung mit Bullen und VS?

Repressionen hatten wir sowohl bei unseren Solidaritätskundgebungen in Form von vorgeworfenem Landfriedensbruch, einem Hausfriedensbruch im Kino Babylon zusammen mit GenossInnen der ASJ Bonn, sowie einige andere Verfahren gegen Mitglieder. Auch der Verfassungsschutz war bei einigen Kundgebungen zu Gast.

11. Welche Erfahrungen habt ihr mit der (Selbst-)Organisation gemacht?

Dass sie sehr anstrengend sein kann, sich aber meistens lohnt, sowohl im (Selbst-) Bildungsbereich als auch in anderen Bereichen. Besonders schön ist es, von GenossInnen aus Osteuropa Dankeschreiben zu bekommen, wenn wir uns solidarisch zeigen.

12. Welche Probleme/Vorteile hat die Selbstorganisation?

Das wäre fast einen eigenen Artikel wert. Das größte Problem ist, die Verlässlichkeit und Verantwortung zu lernen, die mit der Selbstorganisation einhergeht. Vorteilhaft ist vor allem der (Lebens-)Qualitätsgewinn, der durch den Aufbau eigener Strukturen erhalten werden kann. Wenn ich mich absolut auf meine GenossInnen verlassen kann und ich weiß, im Zweifelsfall stehen sie für mich und mit mir ein, dann ist das ein wunderbares Gefühl.

13. Wünscht ihr euch mehr Hilfe durch die FAU?

Nein, aber wir wollen die Zusammenarbeit unserer Bildungs-AG und der Sektion Bildung der FAU Berlin verstärken.

14. Seid ihr bundesweit/global vernetzt? Wenn ja, wie?

Bundesweit bestehen persönliche und offizielle Kontakte zu allen ASJ-Ortsvereinen. Mitglieder von uns waren sowohl auf mehreren Regionalkongressen in NRW dabei, als auch bei der Gründung der ASJ Leipzig. Zudem ist eine Regionalföderation Ost im Aufbau (Anm. Red.: die Regionalföderation ist mittlerweile gegründet. Ihr findet sie unter: asjregionalfederationost.blogspot.de/). Privat bestehen einige Briefwechsel, wir besuchen uns gegenseitig und kontaktieren einander bei Fragen. International geht das sogar soweit, dass ein Genosse letztes Jahr mit Genossinnen von der SUF in Osteuropa jugendliche AnarchistInnen besucht hat. Allerdings läuft auch hier mehr über die private als die organisatorische Schiene.

15. Was könnte besser laufen?

Vieles. Allerdings können wir auch sagen, dass wir innerhalb der letzten 2 Jahre vieles geschafft haben. Das Resümee ist: Ein eigenes Publikationsorgan, eine Archivierung der eigenen Tätigkeiten, gute Bündnisarbeit, wir werden ernst genommen, wir haben einen hohen Aktivitätsgrad aller Mitglieder (nahezu 80% auf den wöchentlichen Versammlungen), lokale und überregionale Außenwirkung und fast 20 Mitglieder. Wir haben sowohl strukturelle als auch (Strategie-) Planungstreffen und können recht schnell auf Ereignisse reagieren. Was besser laufen könnte? Vieles, bestimmt, aber das kommt mit der Zeit. ■

Die Regionalföderation der ASJ Ost hat sich gegründet

Mit Freude können wir Euch mitteilen, dass sich am 7. Mai 2011 die „Regionalföderation Ost“ der Anarchosyndikalistischen Jugend durch Beschluss eines Regionalkongresses offiziell gegründet hat. In der Regionalföderation sind die Ortsvereine Berlin und Leipzig föderiert. Damit besteht seit mehr als 70 Jahren erstmalig wieder eine anarchosyndikalistische Jugendföderation für Berlin, Brandenburg und Sachsen.

Es ist an uns, den Kampf für ein anderes Gesellschaftsverhältnis aufzunehmen und für eine Welt der freien ProduzentInnen und KonsumentInnen zu kämpfen. Selbstverwaltet zur sozialen Revolution! ■

|| asjregionalfederationost.blogspot.de



Was ist Faschismus? #4

Die Verbreitung faschistischen Gedankenguts im übrigen Europa der Zwischenkriegszeit

Vorbemerkung

Neben den gemeinhin als Verkörperungen des klassischen Faschismus wahrgenommenen Herrschaftssystemen, die von Anfang der 1920er bis Ende der 1930er Jahre in Italien, Deutschland und Spanien errichtet wurden, entstanden in den knapp zwei Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen fast europaweit faschistische Bewegungen. Die wenigsten gelangten aus eigener Kraft an die Macht, einige vermochten Massen zu mobilisieren, andere kamen nicht über den Status einer Splitterpartei hinaus. Die sozialen Träger-schichten, weltanschaulichen Ausprägungen und politischen Strategien der nationalen Faschismen hingen stark von den jeweiligen historischen und gesellschaftlichen Vorzeichen ab. Der folgende Streifzug durch allgemein weniger bekannte Kapitel der europäischen Faschismusgeschichte soll im Rahmen der Herausarbeitung entsprechender Unterschiede und Parallelen den Blick für die Kernelemente faschistischen Denkens und Handelns schärfen helfen.

Mittel- und Südosteuropa

|| Österreich

Die wirtschaftliche und politische Ausgangslage der Ersten Republik

Mit der militärischen Niederlage, die Österreich-Ungarn an der Seite des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg erlitt, zerfiel die seit 1867 bestehende Doppelmonarchie. Am 11. November 1918 erklärte der aus dem Hause Habsburg stammende Kaiser Karl I. (1887–1922) seinen Verzicht auf die Fortführung der Staatsgeschäfte. Tags darauf wurde die parlamentarisch-demokratische Republik Österreich ausgerufen. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Startbedingungen stellten sich überaus problematisch dar. So musste der auf das deutsch-österreichische Kernland beschränkte Staat nicht nur ohne die nun zur Tschechoslowakei gehörenden In-

dustriezentren Böhmens auskommen, sondern war auch von seinen traditionellen Rohstoffgebieten und Absatzmärkten abgeschnitten. Zahlreiche Unternehmen erwiesen sich dieser Krisensituation nicht gewachsen. Die hierdurch verursachte Massenarbeitslosigkeit erfuhr im Zuge der Heeresdemobilisierung sowie der Entlassung etlicher überflüssig gewordener Verwaltungsbeamter eine zusätzliche Verschärfung. Zur Überwindung der ökonomischen Schwierigkeiten galt über die Grenzen der politischen Lager hinweg ein staatliches Zusammengehen mit dem Deutschen Reich als wünschenswert. Eine solche Entwicklung wurde jedoch seitens der Siegermächte kategorisch ausgeschlossen. Die Stabilisierung der Verhältnisse oblag daher in erster Linie zwei einander zutiefst misstrauenden politischen Kräften, und zwar der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) sowie der Christlichsozialen Partei (CS). Die SDAP strebte auf dem Papier in marxistischer Tradition die Errichtung der Diktatur des Proletariats an, verfolgte aber tatsächlich einen Reformkurs. Nichtsdestotrotz gelang es ihr, die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) klein zu halten und den Großteil der österreichischen Arbeiterbewegung hinter sich zu versammeln. Die 1893 vom späteren Wiener Bürgermeister und bekennenden Antisemiten Karl Lueger (1844–1910) aus der Taufe gehobene CS hatte bis zu deren Untergang die monarchische Ordnung gestützt und warb für den Aufbau eines nach Berufsgruppen gegliederten Ständesystems als „wahrer Demokratie“. Anfang 1919 rauchten sich SDAP und CS zu einer Großen Koalition zusammen, die allerdings schon im Jahr darauf zerbrach. Die CS regierte fortan mit rechten Bündnispartnern, während sich ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie dramatisch verschlechterte. Gewalt spielte eine immer größere Rolle im Rahmen der politischen Auseinandersetzung. Beide Seiten versuchten sich hierbei mit Hilfe paramilitärischer Verbände zu behaupten. So wurde aus den Reihen der Sozialdemokratie 1923 der „Republikanische Schutzbund“ gebildet, wohingegen die CS auf die Dienste der „Heimwehr“ zurückgriff.

Die „Heimwehr“

Die „Heimwehr“-Bewegung entstand nach Ende des Ersten Weltkrieges, als sich insbesondere in ländlichen Gebieten und Kleinstädten nationalistische Soldaten, Bauern und Studenten zur Sicherung der neuen Grenzen und Abwehr sozialrevolutionärer Tendenzen zusammenschlossen. Als Inbegriff der „roten Gefahr“ wurde von ihnen der „Republikanische Schutzbund“ betrachtet. Der Konflikt zwischen den beiden Wehrverbänden begann Anfang 1927 zu eskalieren. So starben im burgenländischen Schattendorf am Rande einer gewalttätigen Konfrontation ein achtjähriger Junge und ein Kriegsinvalide durch Kugeln, die „Heimwehr“-Mitglieder abgefeuert hatten. Ein Wiener Gericht sprach die Todesschützen Mitte Juli 1927 frei, woraufhin eine wütende Menschenmenge das Justizgebäude in Brand setzte. Die regierende CS zeigte sich in der Folge keineswegs um Deeskalation bemüht, sondern trieb vielmehr den Ausbau der „Heimwehr“ weiter voran. Führende Köpfe der rechten Miliz, allen voran ihre Leitfigur Ernst Rüdiger von Starhemberg (1899–1956), wähten die Organisation jedoch stark genug, um sich als eigenständige Partei zu etablieren. Nachdem sie sich im Rahmen des so genannten Korneuburger Gelöbnisses Mitte Mai 1930 zu den Prinzipien des italienischen Faschismus bekannt hatte, trat sie im darauffolgenden November zu den Parlamentswahlen an. Mit einem Ergebnis von sechs Prozent konnte die Heimwehr doppelt so viele Stimmen auf sich vereinen wie ihre schärfste Konkurrenz innerhalb des Lagers der extremen Rechten, die österreichische NSDAP.

Die NSDAP in Österreich

In Österreich existierte schon seit 1918 in Gestalt der „Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ (DNSAP) eine Organisation, die nicht nur den Namen, sondern mit der Hakenkreuzfahne auch das Symbol der NSDAP vorwegnahm. 1926 kam es zum Bruch zwischen einem kapitalismuskritischen, ein gewisses Maß an innerparteilicher Demokratie einfordernden Flügel und einer Gruppe überwiegend jüngerer, von Adolf Hitler faszinierter Mitglieder, die einen österreichischen Ableger der NSDAP ins Leben riefen. Mit den negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das ökonomische und soziale Gefüge der Alpenrepublik wuchs die Anhängerschaft der dortigen Nazi-Sektion. So erzielte die NSDAP bei im Frühjahr 1932 abgehaltenen Kommunal- und Landtagswahlen mit einem Stimmanteil von 16,4 Prozent einen spektakulären Erfolg. Zunächst dominierten allerdings andere faschistische Kräfte die Entwicklung Österreichs.



Errichtung des „Ständestaates“

Während die NSDAP für einen „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich eintrat, plädierten Christsoziale und „Heimwehr“ für die Wahrung der österreichischen Souveränität unter Anlehnung an das faschistische Italien. Als der CS-Funktionär Engelbert Dollfuß (1892–1934) für seine Ernennung zum Bundeskanzler einen Bündnispartner benötigte, ließ sich denn auch die „Heimwehr“ im Mai 1932 nicht lange bitten. Dollfuß gab sich aber keineswegs mit dem ihm im Rahmen des parlamentarisch-demokratischen Systems zustehenden Handlungsspielraum zufrieden. Stattdessen sorgte er im März 1933 für die Auflösung des Parlaments, um fortan die Regierungsgeschäfte auf Grundlage eines 1917 erlassenen „kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ zu führen. Gleichzeitig setzte eine gegen die Opposition linker wie rechter Prägung gerichtete Repressionswelle ein. So wurden binnen weniger Monate weit reichende Versammlungsverbote und eine Pressezensur verhängt, die KPÖ, der „Republikanische Schutzbund“ und die NSDAP in die Illegalität gedrängt und „Anhaltelager“ zur Internierung politischer GegnerInnen eingerichtet. Als Machtbasis gründete Dollfuß im Mai 1933 eine durch das italienische Vorbild inspirierte faschistische Partei. Während die CS in der „Vaterländischen Front“ (VF) aufging, fungierte die „Heimwehr“ als Miliz der neu geschaffenen Organisation. Seine weltanschauliche Zielsetzung definierte Dollfuß, indem er am 11. September 1933 den Aufbau eines „sozialen, christlichen, deutschen Staates Österreich auf ständischer Grundlage und starker autoritärer Führung“ propagierte. Das ihm vorschwebende Gesellschaftsmodell orientierte sich an der Lehre des konservativen Nationalökonomen Othmar Spann (1878–1950), der den Parlamentarismus durch eine autoritär gelenkte Ständeordnung ersetzt wissen wollte. Um diese Bestrebungen außenpolitisch abzusichern, einigte sich das Dollfuß-Regime Mitte März 1934 in den „Römischen

Protokollen“ mit den Führungen Italiens und Ungarns auf eine enge wirtschaftliche und politische Kooperation. Die verbotene NSDAP reagierte auf die Bemühungen, sich gegenüber dem „Dritten Reich“ zu behaupten, am 25. Juli 1934 mit einem vergeblichen Umsturzversuch, der Dollfuß das Leben kostete. Da Mussolini daraufhin demonstrativ Truppen am Brenner aufmarschieren ließ, distanzierte sich Hitler von den gescheiterten Putschisten. Der Dollfuß-Nachfolger Kurt Schuschnigg (1897–1977) erhielt hierdurch eine Atempause, konnte vor dem Hintergrund der wenig später eingeleiteten deutsch-italienischen Annäherung den „Anschluss“ allerdings letztlich nicht verhindern. Am 12. März 1938 marschierten von jubelnden Menschenmassen begrüßte Verbände der Wehrmacht in Österreich ein, tags darauf trat das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ in Kraft.

|| Ungarn

Ausrufung und Zerschlagung der Räterepublik

Nach dem Zerfall der Habsburger Doppelmonarchie erfolgte in Ungarn die Gründung einer kurzlebigen Republik linksbürgerlicher Prägung, an deren Stelle am 21. März 1919 eine von sozialdemokratischen und kommunistischen Kräften getragene Räterepublik trat. Die dem sowjetrussischen Beispiel nacheifernde Revolutionsregierung unter Béla Kun (1886-1939) leitete umfangreiche Verstaatlichungen in die Wege und nahm den militärischen Kampf gegen bis dahin ungarisches Territorium beanspruchende Nachbarstaaten auf. Zusätzlicher Druck wurde auf sie durch eine konservative Gegenregierung, der primär Offiziere, Beamte und Kleinadelige angehörten, ausgeübt. Mit dem Einmarsch rumänischer Truppen in Budapest endete am 1. August 1919 die Räteherrschaft. Nachdem am 16. November 1919 die kurz zuvor formierte ungarische Nationalarmee mit Admiral Miklós Horthy (1868–1957) an der Spitze Einzug in die Hauptstadt gehalten hatte, brach eine Phase „weißen Terrors“ an, der zahlreiche tatsächliche und vermeintliche Revolutionäre zum Opfer fielen. Offiziell wurde das Königtum wieder eingeführt, faktisch hielt jedoch als „Reichsverweser“ Horthy die machtpolitischen Fäden in der Hand.

Das Horthy-Regime

Horthy bekleidete die Schlüsselposition eines strikt autoritär ausgerichteten Machtapparates, der nur notdürftig mit einem parlamentarisch-demokratischen Mäntelchen versehen wurde. Die Ausgangslage des Horthy-Regimes war

ähnlich schwierig wie die der österreichischen Nachkriegsregierung. So büßte Ungarn aufgrund der ihm seitens der Siegermächte auferlegten Friedensbedingungen rund 70 Prozent seines Territoriums und mehr als 60 Prozent seiner Bevölkerung ein. Die ohnehin noch in einem recht frühen Entwicklungsstadium befindliche ungarische Industrie verlor den Zugang zu langjährigen Rohstoff- und Absatzgebieten. Der Agrarsektor war dringend modernisierungsbedürftig, doch Großgrundbesitzer mussten unter Horthy ebenso wenig um ihre Privilegien fürchten wie Industrielle. Mit systematischer Unterdrückung sahen sich neben der Arbeiterbewegung hingegen insbesondere ungarische Jüdinnen und Juden konfrontiert, die zirka sechs Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. So schränkte etwa ein 1920 eingeführter Numerus clausus die Zahl jüdischer StudentInnen und Staatsbediensteter ein. Im Dezember 1938 ergingen antisemitische Verordnungen, die deutliche Parallelen zu den Nürnberger „Rassengesetzen“ Nazi-Deutschlands aufwiesen. Diese an Aggression zunehmende Judenfeindschaft war einerseits Ausdruck eines christlich unterfütterten Nationalismus. Darüber hinaus korrespondierte sie aber auch mit einer immer engeren Anbindung an das „Dritte Reich“, von dem das Horthy-Regime sich Hilfe bei der Rückgewinnung zwangsweise abgetretener Gebiete versprach. Das sich u. a. im 1940 vollzogenen Beitritt zum Dreimächtepakt Deutschlands, Italiens und Japans manifestierende Zusammengehen mit dem NS-Staat zahlte sich für Ungarn insofern aus, als es sich Teile der Slowakei und Rumäniens sichern konnte. Die Befriedigung weiterer Gebietsansprüche erhoffte sich die ungarische Führung von der militärischen Unterstützung des deutschen Balkanfeldzuges sowie des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion. Mit der spätestens Anfang 1943 an der Ostfront eintretenden Kriegswende setzte allerdings ein Umdenken ein. Horthy verfiel nun in eine Art „Schaukelpolitik“, indem er nach diplomatischen Wegen eines Ausgleichs mit den Alliierten ohne Preisgabe der erzielten Gebietsgewinne suchen ließ. Als daraufhin deutsche Truppen Ungarn besetzten, schlug im Herbst 1944 die eigentliche Stunde des ungarischen Faschismus in Gestalt der so genannten Pfeilkreuzler.

Die „Pfeilkreuzler“ und ihre Mitwirkung an der Shoah

1935 entstand auf Betreiben des wegen seiner politischen Umtriebe aus der ungarischen Armee entlassenen Generalstabsoffiziers Ferenc Szálasi (1897–1946) durch Zusammenschluss diverser faschistischer Splittergruppen die „Partei des Nationalen Willens“, die sich zwei Jahre später nach ihrem Emblem in „Pfeilkreuzler“ umbenannte. Szálasi vertrat einen sowohl religiös als auch rassistisch fundierten Hungarismus,

dem eine führende Rolle bei der von ihm angestrebten Neuordnung Europas zugesacht war. Menschen jüdischer Abstammung galten Szálasi als nicht integrierbar in ein nach seinen Vorstellungen errichtetes Gesellschaftssystem. Neben dem Antisemitismus zählte antidemokratisches und antikommunistisches Gedankengut zu den Kernelementen seiner Weltanschauung. Im Gegensatz zu den meisten übrigen faschistischen Bewegungen, die sich primär auf eine dem Mittelstand entstammende Anhängerschaft stützten, zeichneten sich die „Pfeilkreuzler“ durch einen hohen Grad an proletarischer Prägung aus. So kamen um die 40 Prozent ihrer rund 250.000 Mitglieder aus diesem Milieu. Entsprechend erzielten die „Pfeilkreuzler“ im Rahmen 1939 abgehaltener Parlamentswahlen, bei denen sie insgesamt zirka 18 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten, ihre stärksten Ergebnisse in den Budapester Arbeiterbezirken. An die Macht gelangten sie aber erst mithilfe deutscher Besatzungstruppen, die Mitte Oktober 1944 Horthy absetzten und Szálasi zum Ministerpräsidenten und „Führer“ ausriefen. Die „Pfeilkreuzler“ zeigten sich erkenntlich, indem sie Adolf Eichmann (1906–1962), dem nach Ungarn geeilten bürokratischen Hauptorganisator der Shoah, bereitwillig Unterstützung bei der Verschleppung zahlreicher jüdischer Landsleute in das Vernichtungslager Auschwitz leisteten. Etwa 50.000 ungarische Jüdinnen und Juden wurden von ihnen eigenhändig vor Ort ermordet. Darüber hinaus beteiligten sich die „Pfeilkreuzler“ an den Kampfhandlungen gegen die unaufhaltsam vorrückende Rote Armee. Szálasi überlebte zwar den Krieg, wurde aber am 12. März 1946 wegen der ihm zur Last gelegten Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Budapest hingerichtet.

|| Rumänien

Errichtung einer Königsdiktatur

Im Gegensatz zu Österreich und Ungarn hatte Rumänien im Ersten Weltkrieg auf der siegreichen Seite gekämpft und war hierfür mit erheblichen territorialen Zugewinnen entlohnt worden. Nichtsdestotrotz sah das Land sich in der Zwischenkriegszeit ebenfalls massiven ökonomischen Problemen ausgesetzt. Der die rumänische Wirtschaft dominierende Agrarbereich war rückständig und wenig produktiv, Industriebetriebe existierten kaum, die reichhaltigen Erdölvorkommen wurden überwiegend von ausländischen Konzernen ausgebeutet. Nominell handelte es sich bei dem in Rumänien herrschenden Staatssystem um eine parlamentarische Monarchie, in der Realität schwanden die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe zunehmend zugunsten der königlichen Machtfülle. Unter Carol II. (1893-1953), der 1930 den Thron bestieg, fand

der Prozess der Errichtung einer Königsdiktatur seinen Abschluss. Begründet wurde diese Entwicklung mit der vom rumänischen Faschismus in Gestalt der so genannten Eisernen Garde ausgehenden Gefahr.

Aufstieg und Fall der „Eisernen Garde“

Vordenker und Leitfigur der faschistischen Bewegung Rumäniens war Corneliu Zelea Codreanu (1899–1938). Von seiner Anhängerschaft als „Kapitän“ („Căpitanul“) verehrt, hob Codreanu 1927 die extrem rechte „Legion Erzengel Michael“ aus der Taufe. Die biblische Namensanleihe kam nicht von ungefähr, denn die insbesondere in bäuerlichen und studentischen Kreisen angeworbenen „Legionäre“ verbanden nationalistische und antisemitische Positionen mit einem christlich-orthodoxen Mystizismus. 1930 wurde als paramilitärischer Arm der „Legion Erzengel Michael“ die „Eiserne Garde“ gegründet, deren Name schließlich zur Bezeichnung der Gesamtorganisation diente. Aufsehen erregte die „Eiserne Garde“ durch den blutigen Terror, mit dem sie politische GegnerInnen und Angehörige der jüdischen Minderheit überzog. Trotzdem oder gerade deshalb erhielt die faschistische Bewegung massenhaften Zulauf und avancierte bei 1937 durchgeführten Parlamentswahlen mit einem Resultat von annähernd 16 Prozent zur drittstärksten Partei. Im Jahr darauf wurde Codreanu verhaftet und am 30. November 1938 bei einem angeblichen Fluchtversuch getötet. An die Spitze der „Eisernen Garde“ rückte für ihn der Philosophielehrer Horia Sima (1906–1993) nach. Letzterer tat sich 1940 mit Generalstabschef Ion Antonescu (1882–1946) zusammen, um Carol II. zu stürzen. Das Zweckbündnis ebnete Antonescu den Aufstieg zum Diktator und gab der „Eisernen Garde“ alle Freiheiten bei der Fortführung ihres judenfeindlichen und antikomunistischen Terrorfeldzuges. Als die faschistischen Milizen Anfang 1941 jedoch nach der absoluten Macht griffen, ordnete Antonescu die Niederschlagung des Aufstandes an. Vor die Wahl zwischen dem rumänischen Militärapparat und der „Eisernen Garde“ gestellt, ließ Hitler Antonescu, von dem er sich wertvollere Unterstützung im Kampf gegen die Sowjetunion versprach, gewähren. Die „Eiserne Garde“ wurde ausgeschaltet, ihr nach Deutschland geflohener Anführer als „Vorzugshäftling“ im Konzentrationslager Buchenwald interniert. Als der Vormarsch der Roten Armee Antonescus Militärdiktatur im August 1944 ein Ende bereitete, verfügte das Nazi-Regime die Freilassung Simas und setzte ihn als Chef einer nur auf dem Papier bestehenden Exilregierung ein. Nach Kriegsende floh Sima über Italien und Frankreich nach Spanien, von wo er die kommunistische Herrschaft in Rumänien propagandistisch bekämpfte. Am 25. Mai 1993 verschied Sima in Madrid.

|| Kroatien

Entstehung, Ideologie und Untergrundaktivitäten der „Ustascha“-Bewegung

Nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns kam es zur Bildung eines südslawischen Königreiches, dem die heutigen Staaten Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Mazedonien angehörten. Die innenpolitische Entwicklung der jungen parlamentarischen Monarchie litt stark unter nationalen Gegensätzen. Angespannt war insbesondere das Verhältnis zwischen der christlich-orthodox geprägten, zentralistisch eingestellten serbischen sowie der katholischen, ein Höchstmaß an Unabhängigkeit einfordernden kroatischen Seite. Alexander I. (1888-1934), der serbische Regent des fragilen Staatsgebildes, bemühte sich um die Eindämmung der separatistischen Bestrebungen, indem er 1929 eine Königsdiktatur installierte. Nationalistische kroatische Kräfte wehrten sich umso vehementer gegen ihren Verbleib im nun als „Königreich Jugoslawien“ bezeichneten Vielvölkerstaat. Als extremste dieser Gruppen erwies sich die ebenfalls 1929 durch den Zagreber Rechtsanwalt Ante Pavelić (1889-1959) gegründete „Ustascha“ („Aufstand“), die zum bewaffneten Kampf für ein unabhängiges Kroatien aufrief. Identitätsstiftend waren für die „Aufständischen“ eine mystische und zunehmend auch rassentheoretische Überhöhung des kroatischen Nationalcharakters, ein kriegerisches Selbstverständnis, eine positive Bezugnahme auf den Katholizismus sowie eine rigide antiserbische und judenfeindliche Haltung. Obwohl die „Ustascha“ finanzielle und logistische Unterstützung seitens der Regierungen Italiens und Ungarns bezog, musste sie sich als relativ kleine, nur über wenige tausend Mitglieder verfügende Organisation mit terroristischen Attacken auf den verhassten jugoslawischen Staat begnügen. Diesbezüglicher Höhepunkt



war das tödliche Attentat auf Alexander I. und den französischen Außenminister Louis Barthou (geboren 1862), deren Ausführung im Oktober 1934 in Kooperation mit der „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation“ (IMRO) in Marseille erfolgte. Der vom italienischen Exil aus operierende Anführer der „Ustascha“ wurde daraufhin unter komfortablen Bedingungen seitens des Mussolini-Regimes festgesetzt, was seinen Sympathien für die in Italien und Deutschen installierten faschistischen Systeme aber keinerlei Abbruch tat. Nur die Hilfe der beiden ihm nahe stehenden Diktaturen war es denn schließlich auch, die ihm die Möglichkeit zur Errichtung eines von der „Ustascha“ beherrschten kroatischen Staates bieten sollte.

Das mörderische Marionettenregime der „Ustascha“

Nach der militärischen Niederwerfung Jugoslawiens durch die „Achsenmächte“ im Frühjahr 1941 war der Weg frei für die Ausrufung der kroatischen Unabhängigkeit. Die Führung des Vasallenstaates trug Hitler zunächst nicht der „Ustascha“, sondern der gemäßigteren, von ihm als zuverlässiger eingeschätzten Kroatischen Bauernpartei an. Erst als diese sich der Kollaboration verweigerte, erhielt Pavelić grünes Licht für die Proklamierung eines „Unabhängigen Staates Kroatien“, an dessen Spitze er als „Führer“ („Poglavnik“) trat. Die „Ustascha“ wurde in den Rang einer Staatspartei erhoben, die mit Rückendeckung der katholischen Kirche einen systematischen Vernichtungsfeldzug gegen in ihrem Herrschaftsgebiet lebende Serbinnen und Serben, Angehörige der jüdischen Minderheit, Sinti und Roma sowie politisch Andersdenkende startete. Allein im Konzentrationslager Jasenovac sollen um die 85.000 Menschen umgebracht worden sein. Entsprechend erbittert war der Widerstand kommunistischer Partisanengruppen und der königstreuen Tschetniks. Kurz

vor Kriegsende floh Pavelić. Am 28. Dezember 1959 starb er in Madrid an den Spätfolgen eines zwei Jahre zuvor auf ihn verübten Anschlags.

Westeuropa

|| England

„British Fascisti“ und „Imperial Fascist League“

Mit seinen unangetastet gebliebenen überseeischen Rohstoff- und Absatzgebieten schien die Siegermacht England eher in der Lage, die im Ersten Weltkrieg erlittenen Verluste an Mensch, Material und Wirtschaftskraft zu kompensieren als die meisten übrigen europäischen Staaten. Obwohl aber die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft relativ problemlos gelang, zeugte nicht zuletzt eine anhaltend hohe Arbeitslosenquote von ökonomischen Schwierigkeiten struktureller Art. So machten sich im Rahmen traditioneller Schlüsselindustrien wie dem Kohle-, Eisen-, Stahl-, Schiffbau- und Textilsektor Investitionsdefizite bemerkbar, während sich englische Unternehmen schwer taten, in innovativen Bereichen wie der Elektronik- und Chemiebranche Fuß zu fassen. Die negativen Auswirkungen auf das soziale Gefüge der parlamentarischen Monarchie beschleunigten einen sich innerhalb der englischen Parteienlandschaft vollziehenden Umbruch, in dessen Verlauf die eng mit der Gewerkschaftsbewegung verknüpfte Labour Party die Liberal Party als Hauptkonkurrenz der Conservative Party ablöste. Gewiss nicht zufällig formierte sich mit den „British Fascisti“ die erste faschistische Partei des Inselreiches in zeitlicher Nähe zur Regierungsübernahme durch den Labour-Politiker Ramsay MacDonald (1866-1937) Anfang 1924. Wie sich in der Namensgebung andeutete, waren die „British Fascisti“ als Kopie der faschistischen Partei Italiens angelegt. Ihre Kernaufgabe erblickten sie darin, als Bollwerk gegen die „rote Gefahr“ zu fungieren. Daher unterbreiteten sie den wieder an die Macht gelangten Konservativen im Mai 1926 das Angebot, aktive Unterstützung bei der Niederschlagung eines landesweit durchgeführten Generalstreiks zu leisten, was jedoch von Regierungsseite abgelehnt wurde. Bald darauf zerfielen die „British Fascisti“, deren Mitgliederbestand zwischenzeitlich auf bis zu 100.000 angewachsen war. Dieses Schicksal teilten sie mit einer weiteren faschistischen Partei, der „Imperial Fascist League“. Letztere vertrat einen extremen Antisemitismus, welcher in der in ihren Reihen erhobenen Forderung nach der Verbringung von Juden und Jüdinnen in „Todeskammern“ gipfelte. Aus Mitgliedern beider Gruppierungen sollte u. a. die bedeutendste faschistische Partei Englands, die im Herbst

1932 gegründete „Britische Faschisten-Union“ („British Union of Fascists“ = BUF), ihre Anhängerschaft rekrutieren.

Oswald Mosleys „British Union of Fascists“

Neuerlichen Auftrieb gab der extremen Rechten des Königreiches das Übergreifen der im Oktober 1929 ihren Anfang in den USA nehmenden Weltwirtschaftskrise auf England. Der zum zweiten Mal zum Premierminister gewählte Labour-Vertreter MacDonald begegnete der hierdurch verursachten Massenarbeitslosigkeit mit einem rigiden Sparkurs. Der dem Kabinett als Minister ohne Geschäftsbereich angehörende Aristokrat Oswald Mosley (1896-1980), der über den Umweg der Konservativen Partei zur Arbeitspartei gestoßen war, empfahl hingegen die Durchführung umfangreicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Als seine entsprechenden Vorschläge auf Regierungsebene nicht die erhoffte Würdigung erfuhren, kehrte Mosley Labour den Rücken und hob nach intensiver Beschäftigung mit dem italienischen Faschismus die nationalistische BUF aus der Taufe. Die Ausrichtung am Mussolini-Regime kam in der Propagierung des Aufbaus einer Ständeordnung ebenso zum Ausdruck wie in der schwarzen Parteiuniform und dem an ein Rutenbündel erinnernden Emblem der Organisation. Primär bei Kreisen des Mittelstands, die zu fast 60 Prozent die Mitglieder der BUF stellten, wusste er mit seinen faschistischen Positionen zumindest zeitweilig zu punkten. Eine Hochburg der Partei war zudem der proletarisch geprägte Londoner Stadtteil East End, wo die BUF wiederholt in Ausschreitungen mündende Propagandamärsche veranstaltete. Viele Sympathien kosteten Mosley allerdings seine zunehmende Begeisterung für Hitler sowie die Über-



nahme der strikt antisemitischen Haltung des Nazi-Regimes. Der 1936 erlassene „Public Order Act“, der ein uniformiertes Auftreten von Parteimitgliedern in der Öffentlichkeit untersagte und das Demonstrationsrecht beschneidete, schwächte die auf propagandawirksame Kundgebungen angewiesene BUF zusätzlich. Im Mai 1940 wurde Mosley zur Verhinderung einer Kollaboration mit dem „Dritten Reich“ gemeinsam mit rund 800 UnterstützerInnen interniert. Nach Kriegsende ließ er seine inzwischen verbotene faschistische Partei unter der Bezeichnung „Union Movement“ wiederaufleben. Als ihm nachhaltiger Erfolg versagt blieb, zog sich Mosley ins Privatleben zurück. 1980 verschied er im französischen Orsay.

|| Frankreich

Die „Action française“ als Vorform eines französischen Faschismus

Bereits 1898 entstand mit der „Action française“ in Frankreich eine Organisation, die wesentliche Merkmale faschistischer Gruppierungen vorwegnahm. So begeisterte sich die katholisch geprägte Bewegung, zu deren Vordenker sich der Schriftsteller Charles Maurras (1868–1952) aufschwang, nicht nur für „nationalsyndikalistisches“ und antisemitisches Gedankengut, sondern verfügte mit den „Camelots du roi“ („Hausierern des Königs“) auch über einen eigenen Kampfverband. Die „Action française“ errang beträchtlichen Einfluss auf die Entwicklung der extremen Rechten in Frankreich, der aber nach dem Ersten Weltkrieg schwand. Ursächlich hierfür war einerseits der von Papst Pius XI. (1857–1939) 1926 gegen sie verhängte Bann, der u. a. in der Forderung nach Emanzipation des französischen Katholizismus vom Vatikan begründet lag. Darüber hinaus wurde die gegenüber dem Monarchismus gewahrte Treue von weiten Teilen der extremen Rechten als unzeitgemäß empfunden. Durch personelle und ideologische Kontinuitäten überdauerte jedoch die „Action française“ ihren Niedergang. Ein Beispiel ist Georges Valois (1878–1945), der 1925 in sprachlicher Anlehnung an den italienischen Faschismus und mithilfe von Angehörigen des Großunternehmertums die nationalistische, jüdenfeindliche und antikomunistische Partei „Le Faisceau“ aus der Taufe hob. Auf eine bäuerliche Massenbasis konnten sich die von Henri Dorgères (1897–1985) ins Leben gerufenen „Comités de Défense Paysanne“ stützen, deren bis zu 420.000 Mitglieder nach ihren grünen Parteihemden als „Chemises vertes“ bezeichnet wurden. Das Mobilisierungspotenzial dieser und weiterer faschistischer Gruppen wuchs mit den Frankreichs Ökonomie nach-

haltig lähmenden Schockwellen der Weltwirtschaftskrise und stand zudem in Wechselbeziehung zum Erstarken des antisemitischen Lagers. Auf das Scheitern eines am 6. Februar 1934 unternommenen Putschversuchs extrem rechter Kräfte reagierte die Linke mit der Bildung eines Einheitsbündnisses. Im Mai 1936 ging die so genannte Volksfront siegreich aus Parlamentswahlen hervor, woraufhin sie die faschistischen Organisationen verbot. Knapp vier Jahre später aber wurden die Karten mit dem Einmarsch der Wehrmacht neu gemischt.

Das Vichy-Regime

Nach der am 22. Juni 1940 erklärten Kapitulation Frankreichs erfolgte eine Zerteilung des Landes: Der Norden wurde deutscher Militärverwaltung unterstellt, während im Süden ein vom Wohlwollen der Nazi-Führung abhängiger „Französischer Staat“ („État Français“) mit dem Kurort Vichy als Regierungssitz und dem als „Held von Verdun“ verehrten Marschall Philippe Pétain (1856–1951) an der Spitze installiert wurde. Das zwischen autoritärem Konservatismus und Faschismus angesiedelte Vichy-Regime rief zu einer der Wertetrias „Arbeit, Familie, Vaterland“ („Travail, Famille, Patrie“) verpflichteten „nationalen Revolution“ auf. Scharfe Zensurbestimmungen, die systematische Unterdrückung oppositioneller Aktivitäten und die Zelebrierung eines Pétain verklärenden Führerkultes sollten das südfranzösische Staatsgebilde festigen. Kein Platz war für Menschen jüdischer Ab-



stammung vorgesehen, die schrittweise aus dem öffentlichen Leben gedrängt wurden und einer Kennzeichnungspflicht in Form eines „Judensterns“ nachkommen mussten. Die antisemitische Verfolgungspolitik des Vichy-Regimes gipfelte in von französischen Behörden ab Juli 1942 vorgenommenen Deportationen, die zumeist mit der Ermordung der Verschleppten in einem der NS-Vernichtungslager endeten. Während Pétain sich um Wahrung einer gewissen Distanz zum „Dritten Reich“ bemüht zeigte, setzte sein Stellvertreter Pierre Laval (1883–1945) auf unbedingte Kollaboration, wovon er sich eine Bevorzugung des „Französischen Staates“ in einem von Nazi-Deutschland beherrschten Nachkriegseuropa versprach. Die Befreiung Frankreichs durch alliierte Truppen Mitte 1944 machte jedoch dieses Kalkül zunichte. Das gegen Pétain im Jahr darauf in Frankreich verhängte Todesurteil wurde vom provisorischen Regierungschef Charles de Gaulle (1890–1970) in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt, die der Marschall bis zu seinem Ableben 1951 auf der Atlantikinsel Île d’Yeu verbüßte. Laval hingegen wurde wenige Monate nach Kriegsende nahe Paris hingerichtet.

Nordeuropa

|| Norwegen

Die Gründung der „Nationalen Sammlung“

Treibende Kraft bei der Herausbildung einer norwegischen Variante des Faschismus war Vidkun Quisling (1887–1945), zu dessen politischen Schlüsselerlebnissen die im Herbst 1917 in ihre heiße Phase tretende Russische Revolution zählte. Die von ihm als Militärattaché an Norwegens Botschaft in St. Petersburg vor Ort verfolgte Errichtung einer leninistischen Grundsätzen gehorchenden Herrschaftsordnung ließ in ihm den Gedanken reifen, eine Abwehr der „roten Gefahr“ sei nur starken Staaten unter Rückgriff auf diktatorische Mittel möglich. Quisling trat der konservativen Bauernpartei bei, der er aber entrüstet den Rücken kehrte, als diese mit der gemäßigt sozialistischen Arbeiterpartei koalierte. Nachdem sein Versuch der Gründung einer nationalistischen und strikt antisozialistischen Sammlungsbewegung der übrigen bürgerlichen Parteien misslungen war, hob Quisling im Mai 1933 zusammen mit dem Staatsanwalt Johan Bernhard Hjort (1895–1969) die „Nationale Sammlung“ („NasjonalSamling“ = NS) aus der Taufe. Letztere ahmte in organisatorischer wie weltanschaulicher Hinsicht die Nazi-Partei nach. So gab es z. B. nicht nur eine an die SA erinnernde Parteimiliznamens „Gefolge“ („Hird“), sondern auch das „Kleine Gefolge“ („Småhird“), eine die Hitlerjugend (HJ) imitierende Jugendorganisation.

Hitlers Part blieb dem „Fører“ Quisling vorbehalten. Obwohl in Norwegen lediglich um die 1.000 Menschen mit jüdischen Wurzeln lebten, übernahm die NS ebenfalls kritiklos den Antisemitismus des deutschen Vorbildes. Einen Stimmanteil von mehr als 2,2 Prozent erreichte die bis Kriegsausbruch nur über rund 8.500 Mitglieder verfügende faschistische Partei bei Parlamentswahlen allerdings nicht.

Kollaboration mit dem NS-Besatzungsregime

Nach dem von Quisling öffentlich begrüßten deutschen Überfall auf das skandinavische Land ernannte Hitler am 24. April 1940 den Essener Gauleiter Josef Terboven (1898–1945) zum Reichskommissar für Norwegen. Als einzige norwegische Partei wurde die NS, deren Mitgliederbestand nun auf zirka 57.000 anwuchs, seitens des Besatzungsregimes nicht verboten. Im Gegenzug unterstützte sie nach Kräften Terbovens brutale Nazifizierungspolitik. So rekrutierte die NS etwa um die 6.000 Norweger für die Waffen-SS und leistete Hilfe bei der Deportation von knapp der Hälfte der norwegischen Jüdinnen und Juden. Seine Kollaborationsbereitschaft brachte Quisling im Februar 1942 den Posten des Ministerpräsidenten ein, der aber nur einer der eigenen Bevölkerung größtenteils verhassten Marionettenregierung vorstand. Terboven und Quisling nahmen ihre Ämter bis zur Kapitulation des Deutschen Reiches wahr. Während der Reichskommissar am 8. Mai 1945 in einem Bunker bei Oslo Selbstmord verübte, wurde Quisling tags darauf festgenommen und am 24. Oktober 1945 in der Festung Akershus exekutiert. ■

|| fpf

Quellen:

Bauerkämper, Arnd: Der Faschismus in Europa 1918–1945, Stuttgart 2006.

Payne, Stanley: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, Wien 2006.

Wippermann, Wolfgang: Europäischer Faschismus im Vergleich 1922–1982, Frankfurt am Main 1983.

Wippermann, Wolfgang: Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Darmstadt 2009.



Berlin: Workshop „Stress- und Burn-out-Prophylaxe für politische Aktivist_innen“

Wann: 4.6., 16–19 Uhr | **Wo:** A-Infocafé – NewYorck im Bethanien, Mariannenplatz 2a

Dritter Teil der Veranstaltungsreihe „Politisch aktiv ohne kaputt zu gehen“. In dem Workshop geht es u.a. darum, die Stressbedingungen zu erforschen und individuelle und Gruppen-Stressbewältigungsstrategien zu finden.

Mehr Infos: <http://afb.blogspot.de> ■

Bamberg: Festival contre le racisme 2011

Wann: 6.–13.6. | **Wo:** Uni-Bamberg

Das Antifaschismus/Antirassismus-Referat der Studierendenvertretung organisiert zum vierten Mal das „Festival contre le racisme“. Das Motto lautet dieses Jahr »Emanzipation«. Neben Vorträgen mit Diskussionen wird es eine Filmnacht sowie ein Konzert und Abschlussposium geben.

Mehr Infos: festivalcontreleracisme.blogspot.de ■

Erlangen: Frauen im Spanischen Bürgerkrieg

Wann: 9.6., 20:00 Uhr | **Wo:** JUZ, Wöhrmühle 7

„Ich bin nicht an die Front gekommen, um mit dem Putzlumpen in der Hand zu krepieren.“ –Veranstaltung mit der Referentin Heike Demmel. ■

Würzburg: „Die Würzburger Räterepublik“, Vortrag mit Wolfgang Jung

Wann: 9.6., 19:30 Uhr | **Wo:** Cairo, Burkarderstraße 44

Am 7. April 1919 begann in Würzburg die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Am 9. April war sie, nach kurzen, blutigen Kämpfen, schon wieder vorbei. Der Journalist Wolfgang Jung berichtet von den Vorgängen an diesen drei heißen Tagen im April, stellt die Ideen der Räte und ihrer Gegner vor und zeigt auf, warum die Räterepublik in Würzburg niemals den Hauch einer Chance hatte. ■

Erlangen: Über den Zusammenhang von Krise und „Sarrazin-Debatte“

Wann: 11.6., 18:00 Uhr | **Wo:** JUZ, Wöhrmühle 7

Ein zivilisatorischer Damm schien gebrochen: Etliche Per-

sonen des öffentlichen Lebens der BRD solidarisierten sich mit Sarrazin, dessen sozialdarwinistisch und biologistisch grundierte Ausländerhetze oftmals als „mutiges Aussprechen unbequemer Wahrheiten“ interpretiert wurde. Ist nach dem rassistischen Sommersturm wieder alles gut? Unser Referent geht vom Gegenteil aus, wobei seine Kernthese lautet, dass Sarrazin einen „Extremismus der Mitte“ hoffähig gemacht habe, bei dem die neoliberale Ideologie in ihr Extrem getrieben und teilweise weiter irrationalisiert wird. – Referat (Tomasz Koniecz, Gostyn) und Diskussion. ■

Berlin: Workshop „Politisch aktiv mit Kind bzw. Arbeit“

Wann: 13.6., 20:30 Uhr | **Wo:** A-Infocafé – NewYorck im Bethanien, Mariannenplatz 2a

Vierter Teil der Veranstaltungsreihe „Politisch aktiv ohne kaputt zu gehen“.

Mehr Infos: <http://afb.blogspot.de> ■

Berlin: Workshop „Konflikt lass nach!“

Wann: 25.6., 11–17 Uhr | **Wo:** A-Infocafé – NewYorck im Bethanien, Mariannenplatz 2a

Fünfter Teil der der Veranstaltungsreihe „Politisch aktiv ohne kaputt zu gehen“. Mit welchen Konflikten sind wir in der politischen Arbeit konfrontiert? Was macht uns den Umgang mit Konflikten so schwer? Wie wünschen wir uns den Umgang im Idealfall? Und was könnte uns helfen das umzusetzen?

Mehr Infos: <http://afb.blogspot.de> ■

Berlin: Wie können wir unseren Kommunikationsansprüchen mit E-Mail-Listen gerecht werden?

Wann: 27.6., 20:30 Uhr | **Wo:** A-Infocafé – NewYorck im Bethanien, Mariannenplatz 2a

Abschluss der Veranstaltungsreihe „Politisch aktiv ohne kaputt zu gehen“. Ein Vortrag von Katja Cronauer, in dem es um verschiedene Fragen zum Einsatz von E-Mail-Listen gehen soll: Wie tragen sie zu Hierarchiebildung bei und wie kann dies verhindert werden? Was für problematische Dynamiken können auf E-Mail-Listen entstehen und was für Lösungsansätze gibt es? Wann tragen diese Listen dazu bei, dass AbonnentInnen aktiv werden und wann verhindern sie dies?

Mehr Infos: <http://afb.blogspot.de> ■

Lulea (Schweden): International Action Camp

Wann: 22.–29.7. | **Wo:** außerhalb von Lulea

Antimilitaristisches Camp gegen Europas größtes Testgelände für Luftwaffentechnologie (NEAT) in Schweden.

Mehr Infos: warstartshere.com/ofog.org ■



Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: <http://www.fda-ifa.org>

IFA: <http://www.i-f-a.org>

Anarchistische Föderation Berlin

Kontakt: afb@riseup.net

<http://www.afb.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Mannheim

Kontakt: info@anarchie-mannheim.de

<http://www.anarchie-mannheim.de.vu>

Antinationale Offensive Saarbrücken

Kontakt: antinationale@gmx.de

<http://www.antinationale.org>

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein

Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden

Kontakt: linetdd@riseup.net

<http://www.libertaeres-netzwerk.info>

Libertäres Bündnis Ludwigsburg

Kontakt: lb-hoch2@riseup.net

<http://lblb.pytalhost.de>

Karakök Autonome Türkei/Schweiz

Kontakt: laydaran@immerda.ch

karakok.wordpress.com/karakok-autonome



Inhalt

- 2 Editorial**
- 3 Libertäre Einschätzung zum Aufstand in Spanien**
- 4 AnarchistInnen in Ankara von Faschisten angegriffen**
- 5 Dresden-Löbtau: Hausdurchsuchung in libertärem Hausprojekt**
- 6 Interview mit ABC Belarus**
- 8 Alle festgenommenen TunesierInnen freilassen**
- 9 Erster Anarchistischer Kongress in Mexiko**
- 10 Anarchistische Buchmesse in Slowenien - ANAЯH**
- 13 Klassenkampf in Maghreb und Mashrek - Klassenkampf weltweit**
- 14 Erster Mai 2011**
- 16 ASJ-Berlin - Ein Interview**
- 17 Die Regionalföderation der ASJ Ost hat sich gegründet**
- 18 Was ist Faschismus? #4 - Die Verbreitung faschistischen Gedankenguts im übrigen Europa der Zwischenkriegszeit**
- 26 Termine**
- 27 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen**